attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (02.10.2019)

Sand im Getriebe 133

PDF-Version: http://www.attac.de/bildungsangebot/sig *Online Fassung:* http://sandimgetriebe.attac.at *Mail:* sig@attac.de

Worauf warten wir?

„Handeln wir gemeinsam, damit wir eine Zukunft haben!“

Am 28. September demonstrierten in Montreal (Kanada) eine halbe Million Menschen. Foto: https://twitter.com/hashtag/27septembre

Klimastreiks	
Steffen Stierle: **Das große Schmelzen**	3
Weltweit verbrennen **Wälder**	3
Mobilisierungen weltweit für das Klima	4
Die Beteiligung von **Gewerkschaften**	5
Frankreich: Aktionen **für Klimaschutz und soziale Forderungen** am 20. und 21. Sept. 2019 M. Astier und G. d’Allens: Die Klimabewegung konzentriert sich stark auf **zivilen Ungehorsam**	6 7
Jens Berger: **Klimapolitik der deutschen Bundesregierung**– Politikversagen auf ganzer Ebene	8
Hamburger Forum: **Aufrüstung und Krieg: Bedrohung für Mensch, Umwelt und Klima!**	9
Klimagerechtigkeit – wie? - Aktionsvorschläge für den Herbst /Fossil free! - Versagen der Klimapolitik un die notwendigkeit radikaler Alternativen. - Forderungen von Fridays for Future - Attac FR: **Finanzierung viel zu gering!**	10
Initiative in Quebec: Der Pakt	13

Zuspitzungen weltweit	
E. Crome: In memoriam **Immanuel Wallerstein**	15
Abkommen zwischen WEF und UN kündigen!	16
G7 – Proteste und Alternativgipfel im Baskenland	17
Menschenrechte schützen, Konzernklagen stoppen: Aktionstag am 12. Oktober 2019	18
Nemo Krüger (Attac Schweiz): Credit Suisse in **Mosambik: Verschuldete Menschenrechte**	19
Attac Frankreich: Strategische Ausrichtung 2019 - 2022	20
Großbritannien /Brexit /Irland	
Nick Deardon über **Boris Johnson**	24
Sabine Gondro: **No-Deal-Brexit** – Soll das UK zum Versuchslabor für die Desaster-Kapitalisten werden?	28
Global foreign Policy: **Britannien spalten**	28
Tommy McKearney: **Irland** - Grüne Auferstehung und **die Notwendigkeit, die Linke zu vereinen**	30
Kurz notiert: Griechenland / Israel / Bücher	31

Vorwort

„*Worauf warten wir?*“ - so der Titel eines Films von Marie-Monique Robin („Qu'est-ce qu'on attend?“, 2017), der Maßnahmen im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation in einer Kleinstadt (Ungersheim) im Osten Frankreichs und die große Zufriedenheit der interviewten Menschen dokumentiert.

Millionen von Menschen sind in der Aktionswoche für das Klima (20.- 27. September) weltweit auf die Straße gegangen, vorwiegend junge Menschen, die die Schule bestreikt haben, auch Gewerkschaftsmitglieder. In Frankreich setzen sich viele Organisationen (u.a. Attac) für ein gemeinsames Vorgehen der Klimabewegung mit den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften ein; Aktionen des zivilen Ungehorsams haben immer mehr Zuspruch.
Wie kann diese Klimakrise angegangen werden? Das Klimapaket der Bundesregierung ist dazu nicht geeignet, die versprochenen Finanzierungen finden nicht statt, das Militär ist ein großer Umweltzerstörer… Ein Kurswechsel ist dringend!
«Wir werden keine einfache, entspannte politische Debatte erleben, keine freundliche Diskussion unter Chorknaben. Es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen», mahnte Wallerstein, der vor kurzem gestorben ist.
Alternativen zur Schaffung einer Klimagerechtigkeit werden entwickelt und debattiert, und das vielfältige Engagement geht weiter, auch in Hinblick auf die nächste Weltklimakonferenz im Dezember dieses Jahres.
In Quebec verbindet die Initiative „der Pakt“ individuelle Verpflichtungen mit eindringlichen Forderungen an die Politik.

„*Das Partnerschaftsabkommen zwischen dem Weltwirtschaftsforum (WEF) und den Vereinten Nationen stellt eine gefährliche Bedrohung für das UN-System dar*“ erklären rund 300 Organisationen weltweit.
Die zunehmende, zerstörerische Herrschaft insb. von multinationalen Unternehmen ist Gegenstand von weltweiten Aktionstagen im Oktober.

Attac Frankreich hat im Frühjahr 2019 seine strategische Ausrichtung für die nächsten drei Jahre beschlossen.

Nick Deardon, Global Justice Now, beantwortet die Frage „Was ist von einem Premierminister Boris Johnson zu erwarten?“ negativ, einige Artikel befassen sich mit den Auseinandersetzungen um den „Brexit“.

In der SiG-Werkstatt ab dem 16. Oktober 2019: Ergänzungen zu den veröffentlichten Artikeln

Der Rundbrief „Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:
Eintragung online (rechte Spalte!): http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/
Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch hier zur Verfügung.
Gedruckte Exemplare *von „Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (2 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de.*
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3,50 €, 2 Hefte: 5,50 €, 3 Hefte: 7 €, 4 Hefte: 8,50 €, … 10 Hefte: 18 €
Bis zur Nr. 120: pro Heft 1 € + Porto; portofrei ab 5 Heften ***Abonnement: 18 € für 6 Ausgaben.***

An dieser Nummer haben mitgewirkt: Marie-D. Vernhes, Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Steffen Stierle

Das große Schmelzen

Sonderbericht des Weltklimarats: Meeresspiegel steigt immer schneller, Lebensräume werden zerstört

Jungewelt, 26.September 2019

Am 24. September 2019 wurden im norditalienischen Aostatal erste Straßen gesperrt, weil der Gletscher des Mont Blanc abzustürzen droht. 250.000 Kubikmeter Eis könnten ins Tal krachen. Die wissenschaftliche Bestätigung, dass Gletscher und Kryosphäre (bestehende Eismassen) immer schneller schmelzen, folgte am Mittwoch mit der Präsentation des Sonderberichts des Weltklimarats (IPCC) zu den Folgen der Erderwärmung auf Ozean und Eisgebiete.

Der in Monaco präsentierte Report zeigt, dass Küstenökosysteme und biologische Vielfalt durch die Veränderungen empfindlich getroffen werden – mit dramatischen Folgen für einen großen Teil der Weltbevölkerung. Vier Millionen Menschen leben in der Arktis, 680 Millionen in niedrig gelegenen Küstenregionen, 65 Millionen auf weniger entwickelten Inselstaaten und weitere 670 Millionen in Hochgebirgsregionen. Die Lebensräume dieser rund 20 Prozent der Menschheit würden durch meterhoch steigende Meeresspiegel und zunehmende Extremwetter-Ereignisse immer schneller zerstört. Die Folgen für Ernährungssicherheit und Gesundheit seien schon heute deutlich zu erkennen, so der IPCC.

SPECIAL REPORT ON THE OCEAN AND CRYOSPHERE IN A CHANGING CLIMATE

Der Bericht ist ein dramatischer Appell an die Politik. Ein weiteres und immer schnelleres Abtauen von Gletschern und Permafrost – und damit die Freisetzung zusätzlicher großer CO2-Mengen – bis 2050 ist den Wissenschaftlern zufolge kaum mehr zu verhindern. Weitere Veränderungen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts könnten allerdings durch *»starke Verringerungen der Treibhausgasemissionen«* reduziert werden. Voraussetzung sei *»die Intensivierung der Zusammenarbeit und Koordination unter Regierungsbehörden über räumliche Maßstäbe und Planungshorizonte hinweg.«*

Auf der politischen Bühne ist jedoch das Gegenteil dieses gemeinschaftlichen Denkens in großen Maßstäben zu beobachten, offenbarte doch der UN-Klimagipfel Anfang der Woche einmal mehr die Grenzen, die ein auf Standortkonkurrenz beruhendes Weltwirtschaftssystem setzt. Das am vergangenen Freitag präsentierte Klimapaket der Bundesregierung, ein Sammelsurium marktgläubiger, zaghafter und nicht aufeinander abgestimmter Einzelmaßnahmen, taugt als Symbol für die mangelnde Handlungsbereitschaft der politischen Elite hierzulande.

Die UN-Handelskonferenz UNCTAD hält eine ökologische Wende in der Weltwirtschaft für möglich, betonte aber in ihrem am Mittwoch veröffentlichten Investitionsbericht, dass es hierfür einen »Global Green New Deal« mit gigantischen Ausmaßen bräuchte: Investitionen in umweltfreundliche Transportmittel, Energie und Nahrungsmittelproduktion.
Allein in die weniger entwickelten Länder müssten jährlich zwei bis drei Billionen US-Dollar fließen. Politiker hielten jedoch an neoliberalen Dogmen fest, von denen nur wenige profitierten.

Die Bundesregierung versteht den IPCC-Bericht laut Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) *»als Handlungsaufruf«*. Die Untersuchung zeige, *»was passieren würde, wenn die Staatengemeinschaft das Pariser Klimaschutzabkommen nicht umsetzt«*, sagte sie am Mittwoch in Berlin.

Der klimapolitische Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag, Lorenz Gösta Beutin, wies auf den tiefen Graben hin, der in der deutschen Klimapolitik zwischen Worten und Taten klafft. *»Das Klimapaket der Bundesregierung ist noch nicht einmal ausgeliefert, und schon ist klar, dass es das wissenschaftlich Notwendige völlig ignoriert«*, sagte er.

Weltweit verbrennen Wälder

*Die Waldzerstörungsrate im **Amazonas-Gebiet** lag im Juli 270% über dem Vorjahreszeitraum. Laut Herrn Oviedo sind die Brände die größten in der Region seit 2010. "Es ist nicht die Trockenzeit, denn in diesem Jahr war die Dürre nicht so stark wie 2010. Wir führen die Zunahme der Entwaldung und der Brände auf die Reden und Aktionen der neuen Regierung zurück", sagt er. (Reporterre, 30.09.19)*

*In **Indonesien** werden Tausende von Quadratkilometern Wald verbrannt. Diese Brände wurden bewusst angelegt, um Land für die Landwirtschaft, insbesondere für Papier und Palmöl, frei zu räumen, aber ihre Intensität ist aufgrund der Dürre besonders hoch.*
„Diese Brände sind ungewöhnlich und gewaltig“, sagt Mark Parrington, CAMS (Copernicus Atmospheric Monitoring Service) Chief Scientist. In Indonesien ist die Verbrennung von Torf, der bei niedrigen Temperaturen und unter Tage schwelen kann, das größte Problem, da er Kohlenstoff freisetzt, der seit zehn oder tausend Jahren gespeichert wurde. Die von CAMS beobachtete und vorhergesagte sehr hohe und anhaltende Verschmutzung in Indonesien und auf anderen Inseln stellt zweifellos eine Bedrohung für die menschliche Gesundheit, die Flora und Fauna dar. (Reporterre, 23.09.19)
*Notstand auf **Sumatra und Borneo**: Wälder brennen, damit mehr Ölpalm- und Akazienplantagen angelegt werden können. Auf Kosten des Regenwaldes und seiner Bewohner. (Regenwald e.V, 23.09.2019)*

***Sibirien:** 150 000 km2 Wald brannten in den letzten 8 Monaten (Reporterre, 09.09.2019)*

Mobilisierungen weltweit für das Klima

20. September 2019:
New York: 260 000 (1.3% von 20 Mio.)
Berlin: 230 000 (6% von 3,5 Mio)
Melbourne: 120 000 (2,5% von 4,8 Mio.)
Hamburg 100 000 (5, 5% von 1,8 Mio.)
Australien: 400 000 (1,6% von 25 Mio.)
https://fridaysforfuture.org/news

Friday for Future - Deutschland
1,4 Millionen Menschen gingen am 20.9.2019 deutschlandweit in 575 Orten und Städten unter dem Motto #AlleFürsKlima auf die Straße, um für konsequente Klimapolitik und die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zu demonstrieren. Fast zeitgleich präsentiert das Klimakabinett in Berlin ein absolut unzulängliches „Klimapaket" und bezeichnet dieses als „Durchbruch". mehr
Zu dem Streiktag am 20.9. hatte ein Bündnis aufgerufen:
https://www.klima-streik.org/aufruf
Weitere Berichte: Klimareporter

Bericht von Matthias István Köhler und André Scheer, Jungewelt 21.09.2019

(…) Die weltweit ersten Aktionen begannen aufgrund der unterschiedlichen Zeitzonen in der Pazifikregion. Auf den vom steigenden Meeresspiegel bedrohten Inseln **Vanuatus, auf den Salomonen und Kiribati** sangen Kinder: *»Wir sinken nicht, wir kämpfen.«*
In **Australien** traten mehr als 300.000 Kinder, Eltern und Unterstützer in den Klimastreik und beteiligten sich in zahlreichen Städten an Demonstrationen.
Wie der arabische Fernsehsender Al-Dschasira berichtete, hatte die konservative Regierung Australiens zuvor versucht, Maßnahmen gegen den Klimawandel als eine Entscheidung gegen Jobs und für »abstrakte CO2-Ziele« darzustellen. (...)

Auf den **Philippinen**, die besonders vom steigenden Meeresspiegel und immer stärker werdenden Wirbelstürmen bedroht sind, gingen Tausende Menschen auf die Straße. *»Es gibt viele Menschen hier, die die Auswirkungen des Klimawandels schon spüren können, zum Beispiel in Form von Taifunen«*, sagte die 23jährige Yanna Palo bei einer Demonstration in der Hauptstadt Manila Reportern der Nachrichtenagentur AFP.

In **Indonesiens** Hauptstadt Jakarta forderten Studenten Maßnahmen gegen die auf den Inseln Borneo und Sumatra wütenden Waldbrände, die bereits zu ernsthaften Gesundheitsschäden der Bevölkerung in der Region geführt hätten. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace Indonesia forderte am Freitag über den Kurznachrichtendienst Twitter Staatspräsident Joko Widodo auf, sich stärker für erneuerbare Energien einzusetzen.

In **Thailand** stürmten 200 Demonstranten das Umweltministerium in Bangkok, ließen sich zu Boden fallen und stellten sich tot. *»Das wird passieren, wenn wir den Klimawandel jetzt nicht stoppen«*, zitierte Al-Dschasira den 21jährigen Streikorganisator Nanticha Ocharoenchai.
Die wegen ihrer Kampagne gegen Plastiktüten in Einkaufspassagen als »Thailands Greta« bekannt gewordene Lilly Satidtanasarn, erst zwölf Jahre alt, sagte der Nachrichtenagentur AFP in Bangkok: *»Wir sind die Zukunft, und wir verdienen Besseres.«* Die Erwachsenen *»reden nur darüber, aber sie tun nichts«*, kritisierte sie. *»Wir wollen keine Entschuldigungen.«*

Auch in der indischen Hauptstadt **Neu-Delhi** schlossen sich Kinder und junge Aktivisten dem Klimastreik an. *»Die Eliten hier denken, dass sie sich alles kaufen können – auch saubere Luft –, und die Armen haben schon genügend Probleme, um sich auch noch um die Klimakrise zu kümmern«*, erklärte laut dpa Bhavreen Kandhar, die Mutter zweier Schülerinnen. *»Noch wollen es die meisten nicht wahrhaben.«* Dabei leidet das Land schon jetzt unter den Auswirkungen des Klimawandels. Es gibt Hitzewellen, heftige Regen, Dürre und Wassermangel. In der Hauptstadt herrscht eine der schlimmsten Luftverschmutzungen der Welt, und wer es sich leisten kann, kauft sich Luftfilter für sein Zuhause.

Auch in Afrika haben sich Aktivisten am Freitag Gehör verschafft. Im südafrikanischen **Johannesburg** gingen mehrere hundert Demonstranten auf die Straßen. Wie die Deutsche Presseagentur berichtete, warnten sie auf Plakaten: *»No future on a dead planet«* (Keine Zukunft auf einem toten Planeten), *»Unite, don't ignite«* (Vereint, zündelt nicht) oder *»Coal kills«* (Kohle tötet). Südafrika ist Kohleproduzent und setzt bei seiner Energiegewinnung vor allem auf fossile Brennstoffe.
Auch in **Nairobi** protestierten am Freitag Hunderte Jugendliche gegen den von Kenias Regierung geplanten Neubau von Kohlekraftwerken. Wie der südafrikanische Rundfunk SABC meldete, forderten sie die Regierung auf, sich auf erneuerbare Energien zu konzentrieren, die *»internationale Gemeinschaft«* müsse Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen.

In **Großbritannien**, wo ebenfalls Tausende Menschen auf die Straße gingen, machte Fope Olaleye von der »National Union of Students« in einem über Twitter verbreiteten Videoclip auf eine weitere, politische Dimension des Klimawandels aufmerksam. Dieser sei auch eine *»Frage des Rassismus«*, so die Studentenvertreterin, denn am Ende seien *»Schwarze, Indigene und Nichtweiße im globalen Süden am meisten betroffen«*. Um die Krise zu bewältigen, *»sollten wir den Menschen aus dem globalen Süden und ihren Antworten zu Klimagerechtigkeit und Klimawandel zuhören«*. (…)

Nicht weniger als 800 Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen waren in den **Vereinigten Staaten** geplant, meldete die kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina. *»Wir müssen den Klimawandel als das nehmen, was er ist: eine Notsituation«*, sagte die 18jährige Audrey Maurine Xin, die in Boston zu den Organisatoren des Streiks gehörte, der Tageszeitung USA Today.

Zum Abschluss der internationalen Aktionswoche sind am **Freitag 27. September** 2019 in ganz Europa Millionen meist junge Menschen für einen besseren Klimaschutz auf die Straße gegangen.
In **Italien** versammelten sich nach Angaben der Organisatoren mehr als eine Million Personen, über 200.000 waren es allein in der Hauptstadt Rom.
In **Schweden** fanden Aktionen an mehr als 100 Orten statt, in Stockholm kamen bis zu 40.000 Demonstranten zusammen.
Im spanischen **Palma de Mallorca** demonstrierten mindestens 5.000 Personen. Dabei wurden sie von den Lehrergewerkschaften STEI und UOB unterstützt, die die Lehrkräfte der Insel dazu aufgerufen hatten, ab 11 Uhr nicht mehr zu unterrichten.
Auch in **Österreich** beteiligten sich Tausende am »Klimastreik«. Allein in Wien waren es nach Angaben der Veranstalter mindestens 60.000. (dpa/jW 28.9.2019)

In **Montreal am 27. September:** Demonstration mit 500 000 TeilnehmerInnen
https://twitter.com/hashtag/27septembre
https://twitter.com/equiterre

Rede von Greta Thunberg vor der UN-Vollversammlung am 23.9 – youtube

Die Beteiligung von Gewerkschaften

Weltweit: Übersicht über die Aktionen von Gewerkschaften:
Unions for Energy democracy
Solidaritätsadresse des **Internationalen Gewerkschaftsbunds** und Aufruf zur Teilnahme an den Demonstrationen in Deutschland: Ausführlicher Bericht (auf Englisch) in Jacobin Artikel auf Labournet

Schweiz: Aufruf der Gewerkschaft UNIA
«Ökologie und gute Arbeitsbedingungen gehören zusammen.» Das hat die Unia-Delegiertenversammlung im Juni 2019 in einer Resolution festgehalten. Sie unterstützt die nationale Klima-Demo Ende September in Bern.
Die Art und Weise, wie in unserer Gesellschaft produziert, gebaut und transportiert wird, ist schuld am Klimawandel. Grenzenloses Wachstum und Überproduktion an den Bedürfnissen der Menschen vorbei schaden nicht nur unserem Planeten, sondern auch allen Arbeiter/innen, allen Lernenden und Praktikant/innen.
Für einen erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel und die Rettung unserer Lebensgrundlage ist es deshalb unumgänglich, dass sich die arbeitende Bevölkerung mit den Klimaprotesten solidarisiert. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, den Widerstand gegen die Zerstörung des Planeten von den Schulen und der Strasse auch in die Betriebe zu tragen.
Die Klimajugend hat Recht: Es ist fünf vor Zwölf! Der Kampf der Jugendlichen muss zum Kampf der gesamten Linken der Schweiz und der Welt werden. Die Unia solidarisiert sich deshalb mit der Klimabewegung allgemein und unterstützt auch die grosse Klimademonstration am 28. September 2019.

Der ver.di Bundeskongress Ende September 2019 hat mit 92%iger Mehrheit beschlossen, sich **für den Erhalt des Hambacher Waldes und der Dörfer** auszusprechen.

Versagen der Klimapolitik und die Notwendigkeit radikaler Alternativen

Konferenz (28.9.2019) **The Green New Deal, Net-Zero Carbon, & The Crucial Role of Public Ownership**

Die Forderungen nach einem Green New Deal in den USA sind weltweit angekommen. Angetrieben von der Sorge um die Klimakrise ist der GND auch zu einem Sammelbegriff für diejenigen geworden, die radikale und dringende Maßnahmen suchen, um das steigende Maß an Ungleichheit, Rassenungerechtigkeit und den Aufstieg der Unternehmensmacht zu bekämpfen.
Der GND hat auch das im Pariser Klimaabkommen von 2015 festgelegte "net-zero carbon"-Ziel befürwortet, und Regierungen auf nationaler, staatlicher und kommunaler Ebene (einschließlich des Staates New York und New York City) haben sich ähnlich ehrgeizige Klimaziele gesetzt.
Aber laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) würde ein wirksames Handeln gegen den Klimawandel *"schnelle, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft erfordern"* innerhalb von zwölf Jahren oder weniger. Die Festlegung von Zielen ist zwar wichtig, reicht aber eindeutig nicht aus. Die neoliberale Politik, die darauf abzielt, *"private Investitionen zu mobilisieren"*, um *"grünes Wachstum"* zu fördern, hat sich unterdessen als völlig unfähig erwiesen, den Anstieg der Emissionen zu verlangsamen oder gar umzukehren. Dieselbe Politik hat Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Unsicherheit auf der ganzen Welt verstärkt.

Die Notwendigkeit eines radikalen Politikwechsels ist heute unbestreitbar. Diese Erkenntnis hat zu einer wachsenden Bewegung von Gewerkschaften und anderen Verbündeten geführt, die es als notwendig betrachten, das öffentliche Eigentum und die demokratische Kontrolle über wichtige Wirtschaftssektoren - wie Energie, Finanzen und Verkehr - auszuweiten, um sicherzustellen, dass die Welt eine Chance hat, die Klimakrise auf eine Weise anzugehen, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und Gleichheit fördert.
Zu uns kommen Gewerkschaften und politische Verbündete aus Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, Korea, Mexiko, den Philippinen, Südafrika, Uruguay und dem Vereinigten Königreich. Webseite; **Programm der Konferenz**
Ausführlicher Bericht demnächst in der Werkstatt für SiG 133

Frankreich: Aktionen für Klimaschutz und soziale Forderungen am 20. und 21. September 2019

*Im September haben **viele Gelbwesten-Gruppen zusammen mit Attac FR, der Gewerkschaft Solidaires, Youth for climate, Extinction Rebellion, Comité Adama u.a.m.** noch einmal hervorgehoben:*

„Wir stimmen der Idee in der Charta einer Umweltorganisation, Alternatiba, zu, wonach es notwendig ist, *"alle diejenigen zu vereinen, die auf die eine oder andere Weise durch die Alternativen oder Kämpfe, die sie führen, manchmal ohne es zu wissen, zum Schutz des Klimas beitragen"*.
Wir bitten alle Umweltorganisationen, die bisher zaghaft oder besorgt über ein solches Zusammengehen waren, zu verstehen, dass von nun an nur noch eine Strategie der Überwindung des getrennten Vorgehens in der Lage sein wird, erfolgreiche Kämpfe zu führen.
Wir glauben, dass sich die ökologische, wirtschaftliche und soziale Situation sowie die staatliche Gewalt und Unterdrückung weiter verschlechtern werden.
Strategien zur Spaltung sozialer Bewegungen müssen daher durch ein beispielloses Zusammenkommen von vielen zunichte gemacht werden.
Wenn wir bisher gescheitert sind, dann weil wir getrennt geblieben sind."
https://reporterre.net/Gilets-jaunes-ecologistes-marchons-ensemble-le-21-septembre
https://reporterre.net/EN-VIDEO-Nous-Gilets-jaunes-ecolos-handicapes-paysans-travailleurs-avons-un

*Das Zusammengehen der Klimabewegung mit der Gelbwesten-Bewegung, den Sozialen Bewegungen (gegen die Rentenreform, fürs Klima; Gilets Jaunes allgemein zu den sozialen /Steuerfragen) wurde am **21. September** durch den massiven **Einsatz der Polizei** (eine gemeinsame Kundgebung war nicht genehmigt worden) behindert, Reporterre und Attac FR haben darüber berichtet.*

***Französische Organisationen hatten schon im Juli dieses Jahres zu einem gemeinsamen Vorgehen der Klimabewegung und der sozialen Bewegungen (insb. die Gilets Jaunes) /Gewerkschaften aufgerufen**:*
350.org; Alternatiba/ANV-COP 21; Amis de la Terre France; Attac France; Colibris; Collectif Gilets Jaunes Argenteuil; Confédération paysanne; Coordination EAU Île-de-France; CRID; Greenpeace France; Ligue des droits de l'Homme; Mouvement de la Paix; MRAP (Mouvement contre le racisme et pour l'Amitié entre les Peuples); Notre Affaire À Tous; Oxfam; Alternatives Agroécologiques et Solidaires; Union syndicale Solidaires; Workers For Future France; Youth for climate France; u. v. m.

*Wir dokumentieren hier in Auszügen den **Aufruf von Juli 2019**, die Übersetzung der Aufrufe von September erscheint Mitte Oktober in der Werkstatt für SiG 133.*

Dienstag, 23. Juli 2019 (…) Vor einem Jahr nahm die Klimabewegung eine öffentlichkeitswirksame und beispiellose Wendung. In einer Zeit, in der die Welt von Naturkatastrophen und einer Rekordhitzewelle im Sommer 2018 heimgesucht wurde, trat der für die ökologische Wende zuständige französische Minister zurück, weil er keine Möglichkeit zum Handeln sah.

Seitdem haben Hunderttausende von Menschen Monat für Monat für Klima- und soziale Gerechtigkeit demonstriert.
Über zwei Millionen Bürger/-innen haben die Affaire du Siècle, die größte Petition in der Geschichte Frankreichs, unterzeichnet und den Staat wegen seiner Untätigkeit in Klimafragen angeklagt. Millionen junger Menschen haben in diesem Frühjahr weltweit für das Klima gestreikt, um uns an unser Recht auf eine menschenwürdige Zukunft auf einem lebenswerten Planeten zu erinnern.
Gleichzeitig sind die Aktionen des zivilen Ungehorsams heftiger geworden und haben sich vervielfacht. Sie erinnern an die Verantwortung der großen umweltschädlichen Unternehmen und unserer Regierungen.

Aber wir machen diese **traurige Feststellung:** Trotz unserer Anzahl, trotz einer beispiellosen und massiven Bewusstwerdung stagnieren und steigen sogar die Treibhausgasemissionen weltweit, während wir ein massenhaftes Artensterben erleben.
In Europa haben sich die Staatschefs gerade geweigert, das Ziel der CO_2-Neutralität im Jahr 2050 zu übernehmen.
In Frankreich verurteilt der von unserer Regierung selbst eingesetzte Hohe Klimarat die Unzulänglichkeit und Wirkungslosigkeit der bisherigen Maßnahmen, während das Ziel, die Erderwärmung unter +1,5° C zu halten, nicht weniger als eine Reduzierung unserer Treibhausgasemissionen auf ein Drittel bis 2030 erfordert.
Allerdings ändert sich das Klima, und zwar schnell. Wasserknappheit und Unruhen in Indien oder die Hitzewellen in diesem Sommer zeigen, dass Millionen von Menschen auf der ganzen Welt bereits den höchsten Preis zahlen.

Am 23. September 2019 werden die Staatschefs von der UNO zu einem Sondergipfel zusammengerufen, um vielleicht neue Klimaverpflichtungen einzugehen. Aber wenn konkrete Maßnahmen ständig aufgeschoben werden, ist die Zeit für Verhandlungen und Reden vorbei.
Deshalb warten wir nicht und rufen zu einer neuen Aktionsphase am 20. und 21. September 2019 auf, um dieses System in Frage zu stellen, das den Planeten und die Menschheit zerstört, angefangen bei den Schwächsten in den Ländern des Südens und den prekär lebenden Menschen auf der ganzen Welt. **Mit den seit Monaten in Frankreich engagierten Gelbwesten bekräftigen wir, dass die getroffenen Maßnahmen gerecht sein müssen**. Wir werden an die Dringlichkeit erinnern, aus den fossilen Brennstoffen auszusteigen, und an die unerträgliche Kluft zwischen der Rhetorik unserer Regierung und den notwendigen Maßnahmen.

Übersetzung des Aufrufs durch die SiG-Redaktion
Vollständiger Text auf Deutsch in der Werkstatt für SiG 133
Originaltext: attac FR

Marie Astier und Gaspard d'Allens (Reporterre)
Die Klimabewegung in Frankreich konzentriert sich stark auf zivilen Ungehorsam

Reporterre, 21.09.2019 -
Angesichts der Klimakrise wenden sich viele Aktivisten direkteren Aktionsformen wie dem zivilen Ungehorsam zu. Reporterre untersuchte die Begeisterung dafür. Wird es der Klimabewegung helfen, an Dynamik zu gewinnen?

Klimastreiks, Märsche auf der ganzen Welt, die Generalversammlung der Vereinten Nationen zur globalen Erwärmung, der IPCC-Bericht über die Ozeane.... Ab dem 20. September markieren Großereignisse die Mobilisierung zur Bekämpfung des Klimawandels. Ein wesentlicher Moment, den Reporterre unter dem Motto **"Acht Tage für das Klima"** mit einer Reihe von Feature-Artikeln begleitet hat.

Im September 2018 versammelte der erste Klimamarsch Zehntausende von Menschen, was in Frankreich noch nie zuvor geschehen ist. In diesem Jahr verteilt sich die Mobilisierung auf zwei Tage - Freitag 20. September und Samstag 21. September - und kombiniert Streik und Demonstrationen..... Aber auch entschlossenere Aktionen des zivilen Ungehorsams.

In den letzten Monaten haben sie sich vervielfacht: von dem Abhängen von Macrons Porträts (1) bis hin zu den Blockaden von Umwelt verschmutzenden Unternehmen wie Amazon, EDF oder Total,(2) von der Besetzung der Sully-Brücke (3) bis zum Stopp eines Kreuzfahrtschiffes in Bordeaux. Jede Woche finden solche Aktionen statt. Der zivile Ungehorsam ist Bestandteil der gesamten Klimabewegung und genießt eine *"beispiellose Begeisterung"*, sagt der Soziologe Manuel Cervera-Marzal. Selbst ein Gericht hat dem Vorgehen in seiner Entscheidung vom 16. September 2019 zugestimmt, nach dem Prozess in Lyon gegen die Aktivisten, die Macrons Portraits abgehängt hatten ('décrocheurs'). Der Richter entschied sich für einen Freispruch, da sie seiner Meinung nach aus "Notwendigkeit" handelten.

"Viele Menschen überspringen jetzt die klassischen Etappen des Engagements: Flugblattverteilung, Debattenabende. Sie steuern direkt auf den Ungehorsam zu", sagt Jean-François Julliard, Direktor von Greenpeace Frankreich. Von den 2.000 Aktivisten, die im vergangenen April den Hauptsitz von EDF, Total und Société Générale in La Défense blockiert haben, waren zwei Drittel neu und hatten noch nie zuvor an einer Aktion teilgenommen. *"Das geht weit über unsere üblichen Kreise hinaus"*, stellt er fest *", mit eher jungen Menschen, aber dennoch mit allen Altersgruppen."*

Wie lässt sich diese Dynamik erklären?
"Ungehorsam ist in Mode. Grönland gehorcht nicht - es schmilzt viel schneller, als es Wissenschaftler befohlen haben, und Unternehmen gehorchen nicht - sie verletzen Umweltstandards", scherzen Mitglieder des Kollektivs 'Désobéissance écolo Paris'.

"Angesichts der Krisensituation und angesichts der Erhöhung vom Alarm müssen wir gleichzeitig unser Engagement erhöhen", sagt Jean-François Julliard. *"Ich habe meine Lebensweise geändert, Petitionen unterzeichnet, an den Märschen von „Bürger*innen für das Klima" (https://citoyenspourleclimat.org) teilgenommen"* listet Mathilde Gailing von der Rebellion Extinction auf. *"Aber ohne Ergebnis. Ich bin XR beigetreten, weil die Aktionen radikaler sind. Seit der Gelbwesten-Bewegung besteht der Wunsch, bei der Art der durchgeführten Aktionen weiter zu gehen"*, ergänzt Élodie Nace.

Dieses Interesse für Aktionen des zivilen Ungehorsams fordert die traditionellen Verbände heraus. *"Wir mussten uns öffnen, lernen, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten und nicht nur mit unserem kleinen Team von Kletterern und Profis"*, sagt Jean-François Julliard von Greenpeace. Attac sah darin sogar *"die Möglichkeit, sich zu erneuern"*, sagt seine Sprecherin Aurélie Trouvé. *"Ziviler Ungehorsam war eine strategische Entscheidung, ebenso wie eine Forderung der neuen Mitglieder."*

Heute ist der zivile Ungehorsam *"in erster Linie eine illegale Handlung"*, erklärt Manuel Cervera-Marzal, *"aber im öffentlichen Interesse, gewaltlos in dem Sinne, dass er die physische und moralische Integrität des Gegners respektiert, mit einem offenen Gesicht, weil die Folgen seines Handelns verantwortet werden."*
Er unterscheidet zwischen direktem und indirektem zivilem Ungehorsam: Umweltschützer praktizieren heutzutage meist indirekten zivilen Ungehorsam. *"Portraits abhängen ist symbolisch, es bringt die Leute zum Reden, es ist gut"*, beobachtet Christian Roqueirol. *„Aber ich sehe nicht viele Handlungen, die die staatliche Ordnung entschlossen in Frage stellen. Wir müssen einen Gang höher schalten!"*

Wie effektiv ist es dann? *"Wenn es Erfolg gibt, dann durch die mediale Wirkung, die diese Mobilisierungen erzeugen"*, sagt Albert Ogien, Soziologe an der École des hautes études en sciences sociales (EHESS). Aber was die konkreten Ergebnisse betrifft, so müssen wir noch warten. *"Ihre materielle Wirkung ist fast Null"*, sagt das Kollektiv 'Désobéissance écolo Paris'. *"NGOs sehen zivilen Ungehorsam als eine Strategie, um die Regierung oder die Bevölkerung durch symbolische Aktionen herauszufordern, und nicht als eine wirklich effektive Strategie, um seine eigentlichen Ziele zu erreichen."*

Um Druck auszuüben, setzen Umweltorganisationen auf die Beteiligung vieler Menschen. *"Unser Ziel ist es, eine massenhafte, populäre, radikale Bewegung aufzubauen"*, sagt Élodie Nace, *"mit Anknüpfungspunkten, damit Menschen, die noch nie in ihrem Leben demonstriert haben, an Aktionen des zivilen Ungehorsams teilnehmen können." "Wir müssen zeigen, dass viele von uns das Risiko einer Festnahme oder einer Gerichtsverurteilung eingehen"*, ergänzt Jean-François Julliard.

Risiken, die nicht jeder eingehen kann, erinnert die Gruppe ' Désobéissance écolo Paris': *"Gewaltlosigkeit ist nur möglich, wenn der Gegner - Staat und Polizei - auch Ihnen gegenüber gewaltlos sein will. Die Erfahrung zeigt, dass sie anders gegenüber Menschen aus bürgerlichen Vierteln vorgehen als gegenüber Menschen aus Arbeitervierteln bzw. mit Migrationshintergrund. Wenn es notwendig ist, dass wir viele werden, ist es auch wünschenswert, Kombinationen mit anderen Aktionsformen einzugehen."*

Für viele Aktivisten weist das in Notre-dame-des-Landes erstellte Gleichgewicht den Weg. Aktionen des zivilen Ungehorsams - eine zunächst illegale Besetzung, Sabotage, manchmal verbotene Demonstrationen - haben in den letzten Jahren zu einem der größten Erfolge der Umweltbewegung geführt.

(1) SiG 131, Seite 15 (2) SiG 132, S. 22
(3) Reporterre - Übersetzung: SiG-Redaktion

Jens Berger
Klimapolitik der deutschen Bundesregierung – Politikversagen auf ganzer Ebene

23. September 2019
Seit 1992 hat sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. In zahlreichen Folgeabkommen wurden die Zahlen und Ziele konkretisiert … und stets deutlich verfehlt. Dies ist kein Wunder, da die deutschen Bundesregierungen zwar stets Weltmeister im Ankündigen waren; diese Ankündigungen aber nie umsetzt. Auch der mit großem Tamtam inszenierte Klimagipfel vom letzten Freitag macht da keine Ausnahme. Unser Leser J. Stender hat uns dazu einen sehr interessanten und detaillierten Leserbrief geschrieben, den wir Ihnen im Anhang präsentieren. Vorab eine kurze Bewertung des Klimapakets der Bundesregierung von Jens Berger

Bei der Bewertung des am Freitag angekündigten Klimapakets der Bundesregierung sind sich ausnahmsweise fast alle Experten einig: Was da verabschiedet wurde, ist „Pillepalle“ in „homöopathischen Dosen“, noch nicht einmal dazu geeignet, die zuletzt 2016 von Deutschland ratifizierten Einsparungen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Am Datum des Kohleausstiegs wird abermals nicht gerüttelt, verkehrspolitisch wird der Status Quo nicht angetastet, der Aufbau regenerativer Energien wird nur mit kosmetischen Maßnahmen vorangetrieben und bei den Themen Energieeffizienz und Altbausanierung liefert Berlin nur liebloses Stückwerk – unterambitioniert und ungenügend. Die Bereiche Landwirtschaft und globaler Handel wurden noch nicht einmal berücksichtigt. Vollkommen unverständlich: In Zeiten, in denen der Staat sich zinslos Geld leihen kann und die Rezession bereits an die Tür klopft, verzichtet die Politik auf Klimaschutzinvestitionen, die die Konjunktur stärken und die Volkswirtschaft auf eine nachhaltige und innovative Art zukunftsfähig machen könnten.

Deutlich wird das Versagen, wenn man das „Klimapaket“ auf drei Prämissen des Klimaschutzes abklopft:

Lenkungswirkung

Wer die Bürger und die Unternehmen zu klimapolitisch sinnvollerem Handeln treiben will, muss dies mit einer sinnvollen Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche tun. Dafür ist in einer weitestgehend freien Marktwirtschaft der „Preis“ das wohl wichtigste Instrument. Eine homöopathische Erhöhung der Energiepreise wird jedoch keine Lenkungswirkung entfalten können. Drei Cent mehr für den Liter Benzin oder Diesel in zwei Jahren liegen im Rahmen der normalen täglichen Preisschwankungen an der Zapfsäule und selbst die neun Cent, die 2026 im zweiten Schritt anfallen, werden die Bürger nicht dazu animieren, sich ein Auto mit einem geringeren CO2-Ausstoß anzuschaffen. Wer durchschnittlich 20.000 Kilometer im Jahr fährt und dabei sieben Liter auf 100 Kilometer verbraucht, wird in der ersten Stufe mit jährlich gerade einmal 42 Euro mehr zur Kasse gebeten. Und selbst SUV-Fahrer, die ordentlich aufs Gaspedal treten und das Doppelte verbrauchen, werden sich bei 84 Euro Mehrkosten pro Jahr sicher nicht zu einer vernünftigeren Alternative treiben lassen – zumal die von den NachDenkSeiten in der letzten Woche thematisierten und verkehrspolitisch zentralen Regelungen für Dienstwagen und Abschreibungen noch nicht einmal thematisiert wurden.

Alternativen aufbauen

Selbst eine wirkungsvolle Lenkungswirkung könnte jedoch nur dann zum Klimaschutz beitragen, wenn es auch reale Alternativen gibt. Gibt es die nicht, läuft die Bepreisung in weiten Teilen nur auf eine Mehrbelastung der Bevölkerung hinaus, die überhaupt nichts zum Klimaschutz beiträgt. Dank der systematischen Demontage des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs besteht für viele Pendler nicht einmal die Alternative, vom eigenen Auto auf den klimafreundlicheren öffentlichen Nah- und Fernverkehr umzusteigen. Wenn der Staat hier keine Alternativen zur Verfügung stellt, verpufft somit klimapolitisch auch jeder Versuch einer Lenkung über höhere Energiepreise.

Last but not least ist es auch nötig, die möglichen Alternativen nicht nur zu symbolischen, sondern zu klimapolitisch sinnvollen Alternativen zu machen. Solange das Elektroauto mit Braunkohlestrom betankt wird, ist es eben keine sinnvolle Alternative. Gerade bei der Klimapolitik ist es wichtig, über einzelne Sektoren hinwegzudenken und ein Gesamtpaket zu entwerfen, bei dem die Maßnahmen der Sektoren ineinandergreifen und in Summe zu den nötigen Einsparungen führen. Genau das ist beim „Klimapaket“ der Bundesregierung aber nicht der Fall.

Sozialer Ausgleich

Wenn es keine Alternativen gibt, leiden vor allem die niedrigen und mittleren Einkommen unter den Preissteigerungen, da sie – in Relation zu ihrem Einkommen – besonders drastisch zur Kasse gebeten werden. Selbst die homöopathischen Preiserhöhungen, die nun verabschiedet wurden, stellen für Geringverdiener, die auf das Auto angewiesen sind und sich nicht mal eben ein neues Auto kaufen können, eine unsoziale Härte dar und führen dabei noch nicht einmal zu den anvisierten CO2-Einsparungen.

Wie die NachDenkSeiten bereits festgestellt haben, dürfen Umwelt- und Klimaschutz und die soziale Teilhabe kein Zielkonflikt sein. Das „Klimapaket“ der Bundesregierung hat jedoch keine soziale Komponente und belastet vor allem kleinere und mittlere Einkommen, ohne einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Wer keine Einkommensteuer zahlt, weil er unter dem Grundfreibetrag liegt, profitiert noch nicht einmal von der – klimapolitisch kontraproduktiven – Erhöhung der Pendlerpauschale. Doch es ist müßig, hier über einzelne Aspekte zu sprechen. Die neoliberale Verarmungs- und Austeritätspolitik der letzten Jahrzehnte hat zu einer Situation geführt, in der jede Steuerung des Verhaltens über Preise von großen Teilen der Bevölkerung zu Recht als Hohn wahrgenommen wird. Wer mit seiner Mini-Rente kaum über die Runden kommt, in einem prekären Arbeitsverhältnis steckt oder gar von Hartz IV leben muss, hat noch nicht einmal theoretisch die Möglichkeit, klimapolitisch sinnvolle Alternativen wahrzunehmen.

Solange der klimapolitische Standardanreiz in Steuerboni und Steuersparmodellen besteht, profitieren davon natürlich vor allem diejenigen, deren Steuersatz derartige Boni erst profitabel macht und die sich die Investitionen leisten können, die man dann später von der Steuer abschreibt. Wer sich heute kaum die Reparatur für den zwanzig Jahre alten Diesel leisten kann, wird sich nicht von Zuschüssen oder KfZ-Steuerboni dazu verleiten lassen, ein modernes Hybrid- oder Elektroauto zu kaufen – woher soll er

schließlich auch den nötigen fünfstelligen Eigenanteil hernehmen? Und wer heute den Dispo überzieht, wenn der Heizöltank für den kommenden Winter gefüllt werden muss, wird sich auch dann keine ultramoderne Gasheizung einbauen lassen können, wenn der Staat die Sanierung mit einem kleinen Anteil bezuschusst.

Klimaschutz und die soziale Frage dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen Hand in Hand gehen. Das ist natürlich eine Mammutaufgabe, die nur dann bewerkstelligt werden kann, wenn man das neoliberale Dogma hinterfragt. Solange Klimaschutz von weiten Teilen der Bevölkerung als Luxussache wahrgenommen wird, die am Ende nur dazu führt, dass am Ende des Monats noch weniger Geld in der Tasche ist, führt Klimapolitik nicht zu einer Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen, sondern zu einer zusätzlichen Belastung der ohnehin schon einkommensschwachen Schichten und einer weiteren Spaltung der Gesellschaft.

Eine gesellschaftlich sinnvolle Lenkung des Verhaltens und des Konsums über die Steuer- und Abgabenpolitik darf daher auch stets nur ein Bestandteil eines umfassenden Gesamtpakets sein, bei dem der Abbau der sozialen Schieflage im Zentrum steht und somit eine „conditio sine qua non“ ist.

Politikversagen

Das verabschiedete „Klimapaket“ scheitert an allen drei Prämissen und ist zudem noch nicht einmal dazu geeignet, die eigenen Zusagen einzuhalten, die man in internationalen Abkommen zugesichert hat. Deutschland ratifiziert fröhlich Abkommen und schert sich dann nicht mehr um deren Umsetzung. Stattdessen vollführt die Bundesregierung einen Kotau vor der allmächtigen Wirtschaftslobby und ist weder willens noch fähig, eine Klimapolitik zu betreiben, die diesen Namen auch verdient.
(Es folgt der Leserbrief von J.Stender)
https://www.nachdenkseiten.de/?p=55051

von selben Autor: das Thema Klimawandel ist nicht neu
https://www.nachdenkseiten.de/?p=55110

„Mit 63 Prozent sind knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten in Deutschland der Meinung, dass der Klimaschutz Vorrang haben sollte, selbst wenn dies dem Wirtschaftswachstum schadet. Knapp ein Viertel (24 Prozent) findet, dass dem Wirtschaftswachstum Priorität eingeräumt werden sollte, auch wenn so der Klimaschutz erschwert würde.”
Quelle: ARD

HAMBURGER FORUM für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Aufrüstung und Krieg: Bedrohung für Mensch, Umwelt und Klima!

Ohne radikale Veränderungen in vielen Lebensbereichen wird sich die voranschreitende Zerstörung unserer Umwelt nicht aufhalten lassen. Die Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen sind massiv bedroht. Die Produktion unserer Lebensmittel und Konsumgüter muss verändert werden, wenn wir unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt hinterlassen wollen. Die nicht nachhaltige, Ressourcen vernichtende Produktion führt zudem zu gesellschaftlichen Konflikten. **So ist die Konkurrenz um die Förderung und den Verbrauch fossiler Energieträger eine der Hauptursachen für viele Kriege** der zurückliegenden Jahrzehnte.
In den NATO-Staaten werden **jährlich etwa 1000 Milliarden Dollar in die energieintensive und ressourcenverschleudernde Rüstungsproduktion** investiert. In Deutschland wurden die Rüstungsausgaben in diesem Jahr auf über 40 Milliarden Euro erhöht – und sie sollen weiter steigen. Schon zu Friedenszeiten ist das US-Militär der weltweit größte Einzelverbraucher fossiler Energien. An den weltweit ca. 800 US-Militärstützpunkten werden Böden, Grundwasser und Wälder verseucht, das gilt auch für US-Militäranlagen in der Bundesrepublik. Auch die Bundeswehr gehört zu den großen Umweltverschmutzern. Zum Beispiel setzte der durch militärische Übungen der Bundeswehr im Emsland verursachte Moorbrand enorme Mengen CO_2 frei.
In den zahlreichen Kriegen der letzten Jahrzehnte ist es zu **verheerenden Umweltschäden** gekommen, die oft dauerhaft sind. Doch nicht nur die Zahlen über zivile Opfer der Kriege sind völlig unzureichend – Bodenverseuchungen oder Verluste an Tieren werden so gut wie gar nicht erfasst. Im Vietnamkrieg wurde von der US-Armee in großer Menge das hochgiftige und sich nur sehr langsam abbauende Entlaubungsmittel „Agent Orange“ eingesetzt, das nicht nur den Wald irreparabel geschädigt hat, sondern bis heute Totgeburten und Missbildungen verursacht. Die brennenden Erdölfelder im Irak setzten riesige Mengen CO 2 und andere umweltschädigende und giftige Stoffe frei. In den Kriegen der letzten Jahrzehnte, zum Beispiel im Irak und in Jugoslawien, wurde in großem Umfang Munition aus abgereichertem Uran eingesetzt (DU-Munition); so wurden ganze Landstriche radioaktiv verseucht mit den entsprechenden Folgen für Mensch und Tier.
Die sogenannte zivile Nutzung der **Kernenergie** ist ökonomisch unsinnig und bedroht die Welt mit atomarer Verseuchung, wie die Unfälle von Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima zeigen. Letztendlich ist sie nur Vorwand und dient vor allem der Produktion von waffenfähigem Material und dem Erwerb von Know-how für militärische Zwecke. Nur aus diesem Grund sind weltweit noch zahlreiche Atomkraftwerke geplant oder im Bau. Zudem ist die atomare Bedrohung durch die Aufkündigung von internationalen Abrüstungsvereinbarungen und durch den neuen Kalten Krieg gegen Russland und China stark angewachsen. Ausgehend von den USA modernisieren alle Atomwaffenländer ihre Bestände. Die USA entwickeln neue Atomwaffen, die sie in regionalen Kriegen einsetzen wollen. Auch in Deutschland streben Teile der militärischen Eliten einen eigenen Zugriff auf Atomwaffen an. Diese Entwicklung bedroht die Existenz der Menschheit, denn schon bei einem regionalen atomaren Schlagabtausch würden nuklearer Fall-out und ein nuklearer Winter das menschliche Leben auf der Erde weitgehend zerstören.
Die permanente Verschwendung und Vernichtung materieller und finanzieller Ressourcen durch das Militär muss beendet werden! Dies ist die Voraussetzung zur Lösung der globalen Probleme. Statt Konfrontation und Krieg sind weltweite Kooperation und Abrüstung erforderlich, um die UN-Nachhaltigkeitsziele erreichen zu können.
Darum:
Abrüsten statt aufrüsten!
Atomwaffen verschrotten, Atomkraftwerke abbauen!
Entspannungspolitik jetzt!

Klimagerechtigkeit

Wir setzen unsere Dokumentation von Vorschlägen fort (s. SiG 130, 131 und 132, https://www.attac.de/bildungsangebot/sig).

Statement des europäischen Attac Netzwerkes

Einleitung von der AG Energie-Klima-Umwelt von Attac DE
Klimagerechtigkeit bedeutet Solidarität mit den Menschen, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels und den Schattenseiten einer ungerechten Wirtschaftspolitik betroffen sind.
Darum kämpfen wir für den sofortigen Kohleausstieg.
Denn um eine realistische Chance zu haben, die globale Erwärmung auf unter 2 Grad zu begrenzen, müssen wir mehr als 80 Prozent der fossilen Energieträger im Boden lassen.
"Keep it in the ground" - wenn wir das rufen, wissen wir gleichzeitig: mehr Windräder aufstellen ist nicht die Lösung aller Probleme. Die Energiewende darf sich nicht nur nur bei der Stromproduktion abspielen, sondern in der Landwirtschaft, in der Mobilität, in der Handelspolitik.....
In allen gesellschaftlichen Bereichen müssen wir sozialer Gerechtigkeit und dem Bewusstsein ökologischer Grenzen Vorrang einräumen vor machtbewehrten ökonomische Interessen.
Wie kann das konkret aussehen? Das europäische Attac Netzwerke (EAN) hat versucht, ein Bild von einer Gesellschaft zu zeichnen, die auf Klimagerechtigkeit basiert und auf dem "Guten Leben" für alle. Statement

Pakistan, 20.9.2019

Analytische Beiträge (Videoaufnahmen)

https://fridaysforfuture.org/the-big-picture

Ch. Parenti: Climate Change and the Problems of Neoliberalism
Roger Hallam - Why International Rebellion? - Extinction Rebellion 2019-04-05 (Buch von R. Hallam auf Englisch)
Naomi Klein: This Changes Everything author talks about climate change / Capitalism vs. the Climate: Naomi Klein on Need for New Economic Model to Address Ecological Crisis
George Monbiot: Neoliberalism, Climate Change, Migration
Noam Chomsky: Neoliberalism Is Destroying Our Democracy
David Wallace-Wells - The Uninhabitable Earth UPFSI
RSA ANIMATE: Crises of Capitalism
Overthrow capitalism to stop climate breakdown.

Fridays for Future: Unsere Forderungen an die Politik

In den letzten Wochen und Monaten haben wir intensiv mit zahlreichen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zusammengearbeitet, um konkrete Forderungen an die Politik aufzustellen. Diesen Folge zu leisten ist notwendig, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen.
Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit.
Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und so zu verhindern, dass die Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.
Fridays For Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. Explizit fordern wir für Deutschland:

Nettonull 2035 erreichen
Kohleausstieg bis 2030
100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. **Deshalb fordern wir bis Ende 2019:**

Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
1/4 der Kohlekraft abschalten
Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180€ pro Tonne CO2.

Attac Frankreich
Die Finanzierung für den Klimaschutz ist weit entfernt von den versprochenen 100 Milliarden

Im Jahr 2009 haben sich die reichen Länder in Kopenhagen verpflichtet, bis 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für die Finanzierung der Klimapolitik (Minderung und Anpassung) in so genannten "Entwicklungsländern" bereitzustellen. Zehn Jahre später, kurz vor 2020 sind wir noch weit davon entfernt. Diese Mittel mussten neu, zusätzlich, berechenbar und in der Hauptsache öffentlich sein. Fakt ist: Die Staaten weisen auf private Finanzierung hin, nennen Entwicklungsgelder „Klimafinanzierung“ und haben meistens keinen vorhersehbaren Fahrplan. Darüber hinaus weisen OECD-Schätzungen -- die aus methodischer Sicht fragwürdig sind – einen Gesamtbetrag von 72 Milliarden für 2017 aus.

Die OECD selbst fordert "dringend neue Anstrengungen zur Sicherstellung der öffentlichen Finanzierung des Klimawandels". Der Anteil dieser Mittel (19%), der in die Anpassungspolitik fließt, die allgemein als unrentabel angesehen wird, ist immer noch sehr gering, während Darlehen im Vergleich zu Zuschüssen einen zu hohen Anteil am Gesamtvolumen ausmachen. Wenn wir wollen, dass die weniger wohlhabenden Länder über Mittel zur Anpassung an den Klimawandel verfügen und wirtschaftliche Aktivitäten entwickeln, die nicht schädlich sind, ist es notwendig, endlich die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Werden Staaten und Privatwirtschaft weiterhin fossile Brennstoffe und nicht den ökologischen Übergang finanzieren?

Seit 2015 und der COP 21 ist die Größenordnung gleich geblieben: Wenn ein Dollar in erneuerbare Energien investiert wird, werden zwei bis drei Dollar in fossile Energien (Exploration, Nutzung, Verteilung) investiert. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur sanken die Investitionen in erneuerbare Energien 2017 um 7 Prozent auf 318 Milliarden Dollar, während die Investitionen in fossile Brennstoffe erstmals seit vielen Jahren wieder auf 790 Milliarden Dollar stiegen. Laut der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) sind für erneuerbare Energien jährlich Investitionen von 700 Milliarden Dollar notwendig, will man bei der globalen Erwärmung unter 2°C bleiben. So könnten die erneuerbaren Energien 65% der weltweiten Primärenergieversorgung im Jahr 2050 decken (gegenüber 15% heute).

Diese beiden Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit, mit der Investitionen in fossile Brennstoffe schnell auf Null kommen müssen: Es geht nicht nur um die Finanzierung erneuerbarer Energien, sondern auch darum, Finanzierungen einzustellen, die massiv und direkt zur globalen Erwärmung beitragen. Trotz der zum Teil überwältigenden Erfolge der Bewegung zur Desinvestition in fossile Brennstoffe machen es die Energie-Multis und deren Finanzakteure nicht. Auch die Staaten nicht: Die G20-Länder unterstützten den fossilen Energiesektor 2016 mit 147 Milliarden Dollar, verglichen mit 75 Milliarden Dollar im Jahr 2007. Dies entspricht einer Steigerung von 96%, obwohl sich die G20-Länder 2009 verpflichtet hatten, diese Subventionen abzuschaffen. In Frankreich gibt es immer noch 11 Milliarden Euro an jährlicher Unterstützung für fossile Brennstoffe.

Wir haben die Erklärung unterzeichnet, die von Hunderten von Organisationen und Persönlichkeiten unterstützt wird, die ein weltweites Verbot der Ausbeutung von Schieferöl fordern.

Ist eine „Grüne Finanzierung“ ökologisch? Kann sie das Klima retten?

Der Finanzierungsbedarf für die Verwirklichung der globalen Energiewende, für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft und die Bewältigung der Folgen des Klimawandels ist enorm, er wird in einem Bereich von 2 bis 5% des Welt-BIP oder mehreren Billionen Dollar pro Jahr geschätzt. Die Förderer von "Green Finance" behaupten, dass neue grüne Finanzinstrumente, wie z.B. grüne Anleihen, es ermöglichen werden, Billionen von Dollar zu bewegen.

Die Realität ist weniger klar. Der Markt für Green Bonds (grüne Anleihen) wächst weiter - mit viel mehr Kommunikation -, aber deutlich langsamer als erwartet. Er repräsentiert immer noch nur 1% des globalen Anleihemarktes. Bei diesem Tempo würde es mehr als 100 Jahre dauern, bis die grüne Finanzierung steht. Darüber hinaus haben diese neuen Instrumente die Finanzierung von Projekten (große Dämme, Flughäfen, Modernisierung von Raffinerien, Greenwashing) ermöglicht, die mit dem Kampf gegen den Klimawandel völlig unvereinbar sind. Ohne eine drastische und präzise Regulierung durch die öffentliche Hand wird die Ökologisierung der Finanzen eine Chimäre bleiben und einen strukturell nicht klimaverträglichen Sektor finanzieren.

Unser Bericht: Ist "Grüne Finanzierung" wirklich grün? (7. Dezember 2017)

Waldbrände und Entwaldung: Was sind die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft?

Angesichts der internationalen Betroffenheit über die Waldbrände im Amazonasgebiet und der Gleichgültigkeit von Jair Bolsonaro kündigte Emmanuel Macron am Vorabend der G7 von Biarritz an, dass Frankreich das umstrittene Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Mercosur nicht mehr unterstütze. Diese Ankündigung stellt das strikt erwartete Minimum dar, ermöglicht es aber nicht, die Faktoren der Entwaldung und die daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen, die in der Verantwortung Frankreichs und der EU liegen. Dringend ist eine Neuregulierung des internationalen Handels einzuleiten, um alle Einfuhren von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen (Soja, Ethanol, Palmöl usw.) nach Frankreich zu verbieten, deren Produktion direkt mit der Entwaldung im Amazonas-Gebiet oder anderswo verbunden ist.

Unser Bericht: Amazonien – Handelspolitik und Forderungen an die multinationale Unternehmen (4. Sept. 2019)

In den letzten zwanzig Jahren hat sich der Einfluss multinationaler Konzerne auf die Klimagipfel ausgeweitet.

Kofi Annan, damals Generalsekretär der Vereinten Nationen, gründete 1999 den Global Compact, der im Wesentlichen

multinationale Unternehmen zusammenführt. Es hat dazu beigetragen, dass sie zu wichtigen Akteuren im UN-Prozess und in den internationalen Beziehungen geworden sind, was sich nachteilig auf die Fähigkeit der Staaten und der UNO auswirkt, deren Aktivitäten zu regulieren. Zwanzig Jahre später ist auf diesem Klimagipfel einmal mehr die Allgegenwart der privaten Akteure und die Verteidigung ihrer Interessen bei Gipfeln zur Bekämpfung der globalen Erwärmung offenkundig: Mehrere multinationale Unternehmen, von denen einige wegen ihrer Aktivitäten kritisiert wurden, werden geehrt.

Während sie sowohl hinter den Kulissen agieren, um verbindliche Regelungen zu vermeiden - insbesondere im Bereich des Klimawandels - als auch von einer völlig zerstörerischen neoliberalen Globalisierung profitieren, werden multinationale Unternehmen wieder einmal eingeladen, sich als kompetent zur Lösung der Klimakrise hinzustellen, obgleich ihre Aktivitäten - insbesondere die von Unternehmen im Bereich der fossilen Energien – diese Krise weiter verschärfen.

Wir sind Unterzeichner der Erklärung (1) *"Global Governance unter dem Einfluss von Unternehmen! Das Partnerschaftsabkommen zwischen dem Weltwirtschaftsforum (WEF) und den Vereinten Nationen stellt eine gefährliche Bedrohung für das UN-System dar"*, veröffentlicht am 22. September 2019.

(1) SiG-Redaktion: S. die Übersetzung in diesem Heft

Übersetzung: SiG-Redaktion; Der Text von Attac Frankreich wurde gekürzt.

Fossil Free Politics - Erklärung

Unterzeichnende Organisationen: *darunter Attac FR und Global Justice Now (UK), Mitglieder im Europäischen Attac Netzwerk; in Deutschland: BUND, Powershift, Südwind, Kassel Kohlefrei, Berliner Wassertisch, Haende weg von Schwedeneck, Slowfood Deutschland, abgefrackt*

Über 2/3 der zusätzlichen Treibhausgase kommen aus dem Verbrauch von fossilen Brennstoffen. Die industrielle Nutzung von fossilen Energieträgern ist sehr gewinnbringend (Gewinne von Shell, BP und ExxonMobil: 55 Mrd. Dollar im Jahre 2018)
Seit dem Pariser Klimaabkommen haben Shell, BP, ExxonMobil, Total und Chevron 1 Milliarde Dollar für Lobbyarbeit und für Veröffentlichungen gegen das Pariser Abkommen eingesetzt. (...)
Wir brauchen eine Politik frei von fossilen Brennstoffen – bevor es zu spät wird!

Wir fordern:
1. keinen Zugang für die fossile Brennstoffindustrie zu den politischen Entscheidungen: kein Lobbyimus, keine Beteiligung von „Experten“, keine Funktion in den Regierungsforschungsinstitutionen
2. Interessenkonflikte vermeiden: kein Drehtür-Effekt zwischen den öffentlichen Institutionen und der fossilen Brennstoffindustrie, (…)
3. die Vorzugsbehandlung der fossilen Brennstoffindustrie beenden
4. Keine Partnerschaft mit der fossilen Brennstoffindustrie

Weitere Aktionen im Herbst

https://de.globalclimatestrike.net/next/ (Diese Website zum globalen Klimastreik wird von 350.org gehostet)

„Die größte Mobilisierung aller Zeiten für den Klimaschutz wird schlicht nicht ausreichen, wenn sie jetzt aufhört und die Leute einfach nach Hause gehen. So kannst du dich nach dem globalen Klimastreik weiter einsetzen.“
Vorschläge:
- **Online-Aktionen**
- **Kampagnen vor Ort:** Übersicht über die lokalen Gruppen auf einer Weltkarte, die meisten aufgeführten Gruppen haben das Ziel „fossil free“ https://350.org/de/mitmachen/#map
- **Schulungen**
- **Mobilisierung:**
- **Ab 7. Oktober organisiert Extinction Rebellion**
2 Wochen lang Aktionen und Widerstand.
- **Weiterstreiken**: Informiere dich bei Fridays For Future oder den Schulstreikgruppen an deinem Wohnort über weitere Aktionen der Schulstreikbewegung.

Die nächste Weltklimakonferenz findet Anfang Dezember in Chile statt (Klimareporter),
Weltweite Aktionen sind für Ende November geplant. Dossier von Klimareporter: Globaler Klimaherbst 2019

Ende Gelände: 29. November bis 1. Dezember 2019: Blockaden im Lausitzer Kohlerevier geplant

„Tausende Menschen werden dort am Wochenende vom 29. November bis 1. Dezember 2019 mit ihren Körpern Kohleinfrastruktur blockieren. Ende Gelände protestiert damit gegen das Totalversagen der Bundesregierung in der Klimapolitik. Das Bündnis fordert den sofortigen Kohleausstieg und einen grundlegenden Systemwandel.“ Infos
Lesehinweise der SiG-Red.: Leben an der Lausitzer Tagebaukante – RBB 26.9.2019
Heinersbrück – Besuch im Dorf der Abgehängten – Tagesspiegel 1.9.2019

Hambacher Forst: Baumpflanzaktion am 13. 10. 2019 (zukunft-statt-braunkohle)

Initiative in Quebec: Der Pakt

https://www.lepacte.ca/

Diesen 'Pakt' haben 285 000 Menschen in Quebec (8 Mio. Einwohner) unterschrieben.
Wir dokumentieren ihn nicht, weil er besonders interessante und neue Alternativen aufzeigen würde, sondern weil er eine Verbindung zwischen dem individuellen Engagement fürs Klima und den Forderungen an die Regierung herstellt („Wir tun was – jetzt seid ihr, Regierungsvertreter, dran!“) und dessen bewusst , dass „unsere Regierungen es nicht alleine schaffen“ werden, multidimensionale Vorschläge macht.

Die Wissenschaft macht es deutlich: Wir sind in eine Ära des Klimawandels eingetreten, und es drängt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen sagte: „*Wir haben zwei Jahre Zeit, um zu handeln, sonst drohen katastrophale Folgen*“. Er appelliert an die Zivilgesellschaft in allen Ländern.
Unsere Antwort: Wir sind dabei!
Die Dringlichkeit der Situation erfordert eine beispiellose Mobilisierung und starke gemeinsame Maßnahmen zum Schutz der Welt, in der wir leben, des Wassers, der Luft, des Bodens, der uns und unsere Kinder ernährt.
Die Wissenschaft sagt uns auch, dass es technologisch, menschlich und wirtschaftlich möglich ist, die globale Erwärmung zu begrenzen. Die Lösung liegt im politischen Willen.

Wir wollen von Worten zu Taten übergehen!

Gemeinsam, wir Bürgerinnen und Bürger aus ganz Quebec, in Städten und Regionen, von der Geschäftswelt bis zur Gemeinwirtschaft, jenseits unserer politischen Unterschiede und im Einklang mit der autochthonen Bevölkerung drücken wir unsere feste Entschlossenheit aus, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Welt, in der wir leben, zu ergreifen und uns auf den Weg zu einer kohlenstoffarmen Zukunft zu begeben!
Das Quebec von morgen erfordert einen ökologischen Wandel unserer Wirtschaft, insbesondere eine gerechte Energiewende, die unser Know-how, unsere gemeinsamen Ressourcen und unsere erneuerbaren Energien besser nutzt.
Tiefe, weise und intelligente Veränderungen unserer Lebensweise werden zu einer besseren Lebensqualität beitragen UND die Schaffung von Arbeitsplätzen aufrechterhalten. Mit den vorhandenen physischen und menschlichen Ressourcen, mit dem angeborenen Sinn für Zusammenarbeit und innovativem Genie, von der Permakultur über den Öko-Bau bis hin zur künstlichen Intelligenz, kann und muss Quebec zu einem Ansporn und einer Inspiration für die ganze Welt werden.
Wir haben eine Verantwortung gegenüber der Erde und den Menschen, die von den Auswirkungen des Klimawandels am meisten betroffen werden. Es ist unsere Pflicht, für eine Milderung der Auswirkungen auf Mensch, Tier und Ökosystem zu kämpfen.
Aus all diesen Gründen schlagen wir den folgenden Pakt vor, einen Pakt, der keine Verpflichtung zur Perfektion ist, sondern eine feierliche Verpflichtung zur Reduzierung unseres ökologischen Fußabdrucks.
Wir sind überzeugt, dass wir durch eine zahlreiche Beteiligung gemeinsam die Wende für die Zukunft der Welt schaffen können.
Jeder ist eingeladen, nach seinen eigenen Mitteln dazu beizutragen und zu unterschreiben.

DER PAKT für den Übergang

Ich verpflichte mich, sofort und in den nächsten zwei Jahren meine Treibhausgasemissionen im Rahmen meiner Realität und meiner Kapazitäten zu reduzieren, indem ich die folgenden konkreten Maßnahmen ergreife:

Erdöl
Meinen Ölverbrauch, wo immer es möglich ist, reduzieren, indem ich mein Auto weniger nutzte und öffentliche Verkehrsmittel, aktive Verkehrsmittel (Radfahren, zu Fuß gehen), Fahrgemeinschaften, Carsharing, elektrische Verkehrsmittel, Telearbeit bevorzuge; indem ich ein energieeffizientes Fahrzeug wähle, wenn ich eins besitzen muss;
Meine Flüge einschränken und eine Kompensation der Emissionen aus meinen Flügen leisten;
Verbesserung der Energieeffizienz meines Hauses und Nutzung erneuerbarer Energien für meine Heizungsanlage;
den Prozess ernsthaft einleiten, meine Ersparnisse aus dem Bereich der fossilen Brennstoffe zu entfernen;

Verbrauch
Meinen Konsum, meine Abfälle reduzieren (Wiederverwendung, Recycling, Kompost) und die Verschwendung in all ihren Formen, insbesondere im Energieverbrauch eindämmen;
Meinen Plastikverbrauch reduzieren, indem ich unter anderem die am wenigsten verpackten Produkte auswähle.

Ernährung
Meinen Verbrauch an Fleisch aus Viehzucht reduzieren, lokal und biologisch erzeugte Lebensmittel wählen, dabei die regionalen Gegebenheiten und den Verlust der Ernährungssicherheit in indigenen Gemeinschaften durch den Verlust der biologischen Vielfalt verstehen und berücksichtigen;

Ökologischer Fußabdruck
Um die Auswirkungen meines Engagements zu messen, werde ich meinen ökologischen Fußabdruck bewerten (über einen online verfügbaren CO2-Rechner, https://www.lepacte.ca/jagis/) und meine eigene Strategie entwickeln, um meine Emissionen dauerhaft zu reduzieren und Maßnahmen zum Ausgleich meiner Emissionen ergreifen (Baumpflanzung, Wald- und Schutzgebietserhaltung, etc.);

Engagement als Bürgerin/ Bürger
Meine Lösungen mit meinen Lieben, zu Hause und am Arbeitsplatz besprechen, um sie zu ermutigen, sich an diesem Pakt zu beteiligen;
Meine Macht als Bürgerin/Bürger nutzen (Petitionen, Briefe, Beteiligung in der Gemeinde, Gruppen für den Übergang, Demonstrationen, etc.), um den ökologischen Wandel in meiner Gemeinde und in Unternehmen zu beschleunigen.

Als Gegenleistung für meine individuellen Bemühungen, und dessen bewusst, dass die Summe der Einzelmaßnahmen angesichts der zu erreichenden Ziele nicht ausreichen wird und dass politisches Handeln in dieser Krisensituation unerlässlich ist, erwarte ich , dass die Regierungen sich zu einer Reihe von Maßnahmen verpflichten:
- Gesetze und Maßnahmen verabschieden, um sicherzustellen, dass unsere Klimaschutzverpflichtungen eingehalten werden; alle Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sind auf ihre Klimaauswirkungen zu überprüfen.

- Annahme eines Plans bis 2020, um sicherzustellen, dass unsere Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen erreicht und übertroffen werden und dass das Pariser Klimaabkommen eingehalten wird.
- Start eines großen Energieeffizienz- und Elektrifizierungsprojekts in Quebec, in den Bereichen Verkehr und nachhaltige Mobilität, Gebäude und Industrie.
- Verpflichtung der Regierung, mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie ihre eigenen Emissionen bis 2030 um 50% reduziert.
- einen kurzfristigen Zeitplan zur Einstellung der Erforschung und Nutzung fossiler Brennstoffe in Quebec vorlegen und alle Formen von Subventionen für Kohlenwasserstoffe abschaffen.
- Durchführung schon ab 2019 einer nationalen Bildungskampagne zum Klimawandel und zu den umzusetzenden Maßnahmen, die von vielen getragen werden können.
- Schnelle Verabschiedung einer nationalen Politik zum Schutz der biologischen Vielfalt
- Durchführung eines Raumordnungsgipfels und schnelle Verabschiedung einer nationalen Architektur- und Infrastrukturpolitik.
- Sicherstellung eines harmonischen Verhältnisses zur Natur bei der Raumplanung, Einhaltung unserer Ziele für den Schutz der biologischen Vielfalt (17% der Fläche soll bis 2020 Schutzgebiet werden), Schutz des St. Lawrence Rivers, unserer landwirtschaftlichen Flächen, unseres Grund- und Oberflächenwassers sowie unserer Wälder.
- Verabschiedung einer Strategie, die soziale Gerechtigkeit für die Beschäftigten und ihre Gemeinschaften sicherstellt, die von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende betroffen sein werden.

Wir haben uns verpflichtet, in den nächsten zwei Jahren unseren Beitrag zu leisten. Wir wollen anlässlich des Weltklimagipfels 2020 zusammenkommen, und die Auswirkungen unserer Verpflichtungen gegenüber uns selbst und den Nationen zu messen.
Ich verpflichte mich schließlich, diesen Vertrag bekannt zu machen und ihn von möglichst vielen Menschen unterschreiben zu lassen. Ich unterschreibe.

101 Ideen für das Klima

Hier sind 101 Ideen als Antwort auf die Klimakrise. Wir laden Sie zum Mitmachen ein, indem Sie Ihre eigenen Lösungen und Strategien so konkret wie möglich einbringen.
Jetzt sind Sie dran!

Eine historische Herausforderung
Um auf die Klimakrise zu reagieren müssen wir, sagen uns IPCC-Wissenschaftler, unsere Handlungsweisen sofort radikal ändern. Sie sagen uns auch, dass es wirtschaftlich und technologisch möglich ist, die globale Erwärmung auf ein sicheres Maß zu begrenzen, wenn wir schnell handeln. Dies erfordert, dass die CO2-Emissionen bis 2030 (im Vergleich zu 2010) um mindestens 45 % reduziert werden und dass wir im Jahr 2050 weltweit bei Null Netto-Emissionen liegen. Der ökologische Übergang behauptet sich als gesellschaftliches Projekt, das unsere Gesellschaft und Wirtschaft modernisieren und gleichzeitig die Integrität der Ökosysteme respektieren kann. Das ist die große Herausforderung unserer Zeit. Wir haben die Fähigkeit und die Pflicht, jetzt zu handeln.
Alle Menschen, wo immer möglich, tragen zur Lösung bei.
Die Dringlichkeit erfordert, dass wir sofort und gemeinsam in einen Lösungsmodus umschalten, um an einer inspirierenden Zukunftsvision und an den Mitteln zu ihrer Verwirklichung zu arbeiten.
Wir brauchen einen rigorosen und glaubwürdigen Aktionsplan, den unsere Regierungen umsetzen werden.
Aber unsere Regierungen werden es nicht allein schaffen. Wir laden alle Menschen in Quebec ein, zur Erstellung dieses Plans beizutragen, und zwar über die parteipolitische Ebene hinaus: Bürger/-innen, Wissenschaftler/-innen, Unternehmen, First Nations, Verbände, Organisationen, Institutionen usw. Viele haben Lösungen, Ideen und Phantasie zu bieten! Es geht los! Alle vereint für das Klima.
https://www.101ideespourleclimat.ca/

SiG-Red. : Es folgen 101 Ideen für das Klima und viele Beiträge von Einzelpersonen. Ab Oktober 2019 werden diese Vorschläge zusammengefasst.

Die SiG-Redaktion wird so bald möglich in der „Werkstatt“ über die Ergebnisse und das weitere Vorgehen berichten.

„Das Klima verändert sich – warum wir nicht?“ (Montreal, September 2019)
Foto: https://twitter.com/hashtag/27septembre

Erhard Crome

In memoriam Immanuel Wallerstein

Zum Tod des Soziologen und Begründers der Weltsystemanalyse

In der Vorbemerkung zum ersten Band seiner großen Geschichte des modernen Weltsystems bezog sich Immanuel Wallerstein insbesondere auf den französischen Historiker **Fernand Braudel,** dessen umfangreiche Schriften ihn *«zu dem Weg angeregt haben, den ich schließlich eingeschlagen habe»*. Dabei betonte er: *«Fernand Braudel hat meinen ersten Entwurf sorgfältig gelesen und mich zur Weiterarbeit ermutigt»* (Wallerstein 1986: 10). Damit hatte Wallerstein, geboren 1930, das Thema seines Lebens gefunden, die **Geschichte des Weltsystems**, das zunächst noch ein europäisches Weltsystem ist und sich dann globalisiert. (…)
Immanuel Wallerstein stammte aus einer jüdischen Familie, die ursprünglich aus Deutschland kam, lange in Osteuropa gelebt hatte, im 19. Jahrhundert nach Deutschland gewandert war, das sein Vater dann 1920 in Richtung USA verließ. In New York wurde Wallerstein geboren, studierte Soziologie, promovierte und lehrte von 1976 bis zur Emeritierung 1999 an der staatlichen Binghampton Universität in New York. Hier gründete und leitete er von 1976 bis 2005 das «Fernand Braudel Center», das zum Zentrum der Analyse des Weltsystems wurde. Wallerstein wird als einer der Begründer der Weltsystem-Theorie betrachtet, wobei er selbst stets Wert auf die Analyse legte und sich nicht als Begründer einer Theorie ansah.
Als Wallerstein in den 1970er Jahren mit dem ersten Band begann, konzipierte er vier Bände: (I) die Anfänge und die frühen Phasen des Weltsystems 1450-1640; (II) die Konsolidierung des Systems 1640-1815; (III) die Umwandlung dieser Weltökonomie in ein weltweites Unternehmen 1815 bis 1917 und (IV) die Konsolidierung dieser kapitalistischen Weltökonomie seit 1917 bis zur Gegenwart (Wallerstein 1986: 23). Hier ist zu betonen, dass Wallerstein in seiner Analyse davon ausging, dass die *«sogenannten sozialistischen Staaten […] niemals autonome Einheiten waren und stets innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Weltwirtschaft operierten, gebunden an die Verfahrensweisen des interstaatlichen Systems, und dass sie nicht die Funktionsweise eines alternativen historischen Systems […] darstellen konnten»* (Wallerstein 2002: 80).
(…)

Immanuel Wallerstein ist am 31. August 2019 gestorben.
Gleichwohl bleiben uns neben vielem anderen die vier Bände zum Weltsystem als Opus Magnum, seine Theorieansätze und seine Methodik zur Analyse des Kapitalismus als Weltsystem, die in vielem auf Marx aufbaut, aber zugleich deutlich über ihn hinausgeht.
Die Grundideen, die er im Band VI ausführen wollte, finden sich bereits in kleineren Schriften, insbesondere der **«Utopistik»**, in der drei Vorlesungen aus dem Jahre 1997 zusammengefasst sind.
Seine Grundthese lautet: dieses kapitalistische Weltsystem kann nicht von Dauer sein. Die Welt befindet sich in einem Zeitalter des Übergangs. Eine strukturelle Krise hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Zentren der Weltwirtschaft erfasst. Die von der Militärmacht der USA und den Profiteuren der Weltwirtschaft dominierten Beziehungen zwischen Nord und Süd geraten aus dem Gleichgewicht und drohen ins Chaos zu stürzen. Die liberalistische Ideologie und die Wohlfahrtsprojekte in den Zentren verlieren ihre Glaubwürdigkeit. Radikalismen und Fundamentalismen rücken im Norden wie im Süden, in den Zentren wie an der Peripherie in den Vordergrund.

In einem Text über **die «geopolitischen Brüche im 21. Jahrhundert»** identifizierte er **drei grundlegende Brüche**, die die Welt im 21. Jahrhundert bestimmen. Dass er einen Bruch «innerhalb der Triade», insbesondere zwischen Westeuropa und den USA ausmachte, konnte nach den Turbulenzen um den Irak-Krieg der USA von 2003 nicht verwundern, ebenso wenig das Konstatieren des Bruches «zwischen Nord und Süd», doch die Feststellung, dass es einen «**Davos-Porto Alegre-Bruch»** gibt, war bemerkenswert. «Porto Alegre» stand hier als Synonym für die Bewegung der Weltsozialforen, deren Wahlspruch war: «Eine andere Welt ist möglich». Sowohl in dem «Geist von Davos» (wo sich alljährlich die Protagonisten des globalisierten Kapitalismus zusammenfinden) als auch in dem von «Porto Alegre» sah Wallerstein Transformationsbewegungen, die beide auf die Veränderungen in der Welt, die «strukturelle Krise des Weltsystems» reagieren, allerdings grundsätzlich verschieden, entgegengesetzt. Es sind die beiden Pole, zwischen denen die politischen und moralischen Grundentscheidungen über die Zukunft getroffen werden: ist der Mensch, sind seine Bedürfnisse und Interessen das Maß aller Dinge, oder aber ist dies eine entgrenzte Profitwirtschaft. Das sagte Wallerstein nicht mit diesen Worten. Aber er betonte: *«Der Bruch zwischen dem Geist von Davos und dem von Porto Alegre lässt sich geographisch nicht lokalisieren. Er ist aber der grundlegendste unter den dreien. An seinen Rändern wird nicht um die Zukunft der nächsten 25 bis 50 Jahre gerungen, sondern der nächsten 500 Jahre»* (Wallerstein 2003: 109).

Immanuel Wallerstein hatte sich Zeit seines Lebens in kapitalismuskritischen sozialen und politischen Bewegungen engagiert, lange Zeit eben auch in der Sozialforumsbewegung. Insofern war sein Votum von 2003 Ausdruck seines Engagements wie zugleich seiner theoretischen Schlussfolgerungen.
Seine wichtigste: die Machthaber werden ihre Privilegien nicht einfach aufgeben. *«Leute mit Macht sind nie so mächtig und reich gewesen, wie sie es heutzutage sind. Und Leute ohne Macht (oder zumindest den meisten von ihnen) ist es nie so schlecht gegangen, sicherlich relativ und zu einem beträchtlichen Maß auch absolut. Die Polarisierung ist die stärkste, die es jemals gegeben hat»*.
Gleichwohl gibt es *«strukturelle Begrenzungen für den Prozess der endlosen Kapitalakkumulation»*. In einem Zeitraum von 50 Jahren – hier vom Beginn des Jahrhunderts aus betrachtet – werde *«eine neue Ordnung aus diesem Chaos entstehen»* (Wallerstein 2002: 102f.). Jedoch: *«Wir werden keine einfache, entspannte politische Debatte erleben, keine freundliche Diskussion unter Chorknaben. Es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen»* (ebenda, 95).
Immanuel Wallerstein hinterlässt eine spürbare Lücke. Aber zugleich wichtige Hinweise, worum es in der Welt des 21. Jahrhunderts geht.

Vollständiger Text:
https://www.rosalux.de/news/id/40961/in-memoriam-immanuel-wallerstein/

Manche Bücher sind übersetzt worden und im Promedia Verlag veröffentlicht.
Artikel-Übersetzungen in SiG 19, 26, 39, 53, 58, 64, 85, 100, 102, 105, 113, 119 (Archiv)

Das Partnerschaftsabkommen zwischen dem Weltwirtschaftsforum (WEF) und den Vereinten Nationen stellt eine gefährliche Bedrohung für das UN-System dar

Offener Brief an Herrn António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, u.a. von Attac Argentinien, Attac Österreich, Attac Spanien, Attac Frankreich, Attac Ireland und Attac Italien unterschrieben

Wir, die Unterzeichner, bitten Sie, das kürzlich zwischen den Vereinten Nationen und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) unterzeichnete strategische Partnerschaftsabkommen zu kündigen.

Wir sind sehr besorgt darüber, dass dieses Partnerschaftsabkommen zwischen dem WEF und den Vereinten Nationen die Vereinten Nationen delegitimieren könnte und transnationalen Unternehmen einen bevorzugten und leichten Zugang zum System der Vereinten Nationen gewährt.
Das UN-System ist bereits von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und von denen bedroht, die eine demokratische multilaterale Welt in Frage stellen. Die Privatisierung der Vereinten Nationen stellt jedoch eine viel größere langfristige Bedrohung dar, da sie die öffentliche Unterstützung für das System der Vereinten Nationen im Süden und Norden verringern wird.

Wir sind der festen Überzeugung, dass dieses Abkommen **grundsätzlich im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen** und zu zwischenstaatlichen Beschlüssen über nachhaltige Entwicklung, Klimanotstand und die Beseitigung von Armut und Hunger steht. Diese öffentlich-private Partnerschaft wird die Vereinten Nationen kontinuierlich mit transnationalen Unternehmen verbinden, die mit einigen ihrer Hauptaktivitäten die sozialen und ökologischen Krisen auf dem Planeten verursacht oder verschärft haben. **Es ist eine Form der Unternehmensherrschaft.**
Wir sind uns bewusst, dass die industrielle Landwirtschaft die biologische Vielfalt und nachhaltige und gerechte Ernährungssysteme zerstört, dass Öl- und Gasunternehmen das Weltklima bedrohen, dass große Pharmaunternehmen den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten immer weniger absichern, dass rohstoffabbauende Unternehmen nachhaltige Schäden an Ökosystemen und Bevölkerungen verursachen und dass Waffenhersteller von lokalen und regionalen Kriegen und der Unterdrückung sozialer Bewegungen profitieren. Für alle diese Sektoren gibt es wichtige Akteure im Rahmen des Weltwirtschaftsforums.

Die Bestimmungen der strategischen Partnerschaft sehen vor, dass Führungskräfte von Unternehmen zu *"Beratern hinter den Kulissen"* für Leiter von Systemabteilungen der Vereinten Nationen werden, und ihren privaten Zugang nutzen werden, um sich für gewinnbringende und marktgerechte "Lösungen" für globale Probleme einzusetzen, während sie gleichzeitig echte Lösungen im öffentlichen Interesse und auf der Grundlage von transparenten demokratischen Prozessen untergraben.
Die Vereinbarung des WEF mit den Vereinten Nationen und alle anderen Formen der Einflussnahme von Unternehmen untergraben ernsthaft das Mandat der Vereinten Nationen und die Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Wirksamkeit dieses multilateralen Gremiums, insbesondere in Hinblick auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte.
So schwächt und beeinträchtigt beispielsweise die Einflussnahme von Unternehmen auf die UNO - oder eine unangemessene Einmischung der Unternehmen in die UNO - in den aktuellen Diskussionen über einen Vertrag zur Regelung des Handels ihre Fähigkeit als multilaterales Regierungsorgan, Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Ebenso bedrohen Unternehmen zunehmend Regierungen und die Vereinten Nationen finanziell, wenn sich die Mandate auf die unternehmerische Verantwortung konzentrieren; ein Beispiel dafür ist das Mandat von OHCHR für die Datenbank der Vereinten Nationen über Handelsfragen in und mit israelischen Siedlungen.

Die Zustimmung der UNO zu diesem Partnerschaftsabkommen bringt die Welt den Bestrebungen des WEF näher, den Multilateralismus durch den Multi-Stakeholderismus zu ersetzen. In ihrer Global Redesign Initiative 2010 argumentierte das WEF, dass der erste Schritt zu ihrer Vision von Global Governance darin besteht, *"das internationale System als ein breiteres und vielfältiges System der globalen Zusammenarbeit neu zu definieren, in dem Rechtsrahmen und zwischenstaatliche Institutionen als zentrales Element integriert sind, aber nicht als das einzige und manchmal nicht das wichtigste"* (1) . Ziel war es, die Rolle der Staaten bei der globalen Entscheidungsfindung zu schwächen und die Rolle einer neuen Reihe von "Stakeholdern" zu stärken, indem unser multilaterales System in ein Multi-Stakeholder-System umgewandelt wurde, in dem Unternehmen Teil der Governance-Mechanismen sind. Transnationale Unternehmen, einige Vertreter der Zivilgesellschaft, die Staaten und anderer nichtstaatlicher Akteure würden zusammenkommen, um Entscheidungen auf globaler Ebene zu treffen und kritische Bedenken hinsichtlich Interessenkonflikten, Rechenschaftspflicht und Demokratie zurückzuweisen oder zu ignorieren.

Stattdessen **fordern wir die Stärkung der Souveränität der Völker, die Vertiefung des demokratischen Multilateralismus und den Kampf gegen den Ausbau der Multipartnerschaft**.
Zivilgesellschaftliche Organisationen vom öffentlichen Interesse und soziale Bewegungen haben in den letzten 75 Jahren eine entscheidende Rolle bei der Verteidigung von Menschenrechten und von Umweltabkommen und bei der Entwicklung zwischenstaatlicher Positionen zu einer Vielzahl globaler Krisen gespielt.
Um die öffentliche Unterstützung für das System der Vereinten Nationen in den nächsten 75 Jahren zu verstärken, sind wir der Ansicht, dass Ihr Büro und

die Exekutivbüros der Sonderorganisationen öffentliche Konsultationen über die künftige institutionelle Rolle und den Mechanismus des Engagements mit den am stärksten betroffenen Gemeinschaften und Massenorganisationen, organisieren sollten, insbesondere Frauen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Landwirtinnen und Landwirten, Fischerinnen und Fischern, indigenen Völkern, LGBTQ-Personen, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, Erzieherinnen und Erziehern, Jugendlichen und Beschäftigte in den Universitäten. Diese Gemeinschaften haben Menschenrechte und setzen sich für die Wahrung des gemeinsamen Wohls von Menschen und Umwelt ein. Wir rufen zum Aufbau eines stärkeren, unabhängigen und demokratischen Systems der internationalen Regierung, das anders behandelt werden muss als durch gewisse "Interessengruppen", die nur ein finanzielles Interesse haben.

Die Vereinten Nationen sollten im gesamten System wirksame Mechanismen zur Vermeidung von Interessenkonflikten auf kohärente Weise einführen. Jede Politik diesbezüglich sollte der unterschiedlichen Rollen bewusst sein – einerseits die privaten Interessen, andererseits die Vertreter von grundlegenden Rechten, die sich mit Gemeinschaftsgütern und -leistungen befassen. Private Interessen, deren Tätigkeit im Widerspruch zu den Zielen der Vereinten Nationen steht, sollten nicht mit zwischenstaatlichen Organen oder dem Sekretariat assoziiert werden, deren Ziel stets darin bestehen sollte, das gemeinsame Eigentum zu schützen und einen globalen öffentlichen Nutzen zu erbringen.

Herr Generalsekretär, die Entscheidung, eine Allianz zwischen dem Sekretariat und transnationalen Unternehmen aufzubauen, um das System der Vereinten Nationen vor den Feinden des Multilateralismus und vor dem Rückgang der öffentlichen Mittel zu retten, wird das System der Vereinten Nationen nicht retten, sondern zerstören.

Dem Präsidenten der Generalversammlung, dem Präsidenten des Sicherheitsrates und dem Präsidenten der Gruppe 77 wurde eine Kopie zugesandt, und beantragt, dass das vorliegende Schreiben als offizielles Dokument an alle Regierungen verteilt wird.

(1) https://www.tni.org/my/node/22749

Übersetzung: Redaktion vom Newsletter „Sand im Getriebe“ - Originaltext und Liste der unterzeichnenden Organisationen

G7 (2019) – Proteste und Alternativgipfel im Baskenland

Hugo Braun und Michael Tellmann: International und gemeinsam gegen den Neoliberalismus

Zehn- bis fünfzehntausend Menschen beendeten mit einer kämpferischen, bunten und friedlichen Demonstration von Hendaye (Frankreich) nach Irun (Spanien) am 24.8.2019 den G7-Gegengipfel.
Am Vortag hatte Attac Frankreich eine Bayer-Monsanto-Glyphosat-Fabrik in der Nähe gemeinsam mit einer Bauernorganisation und einer Umweltorganisation besetzt und den Eingang mit einem künstlich angelegten Acker blockiert.

Mehr als fünfzig französische, spanische und baskische Organisationen und Initiativen versammelten sich dort auf der Grundlage eines gemeinsamen Aufrufs. Hierin wird das kapitalistische und neoliberale System als Hauptgrund für die dramatische Bedrohung der Grundlagen des menschlichen Lebens auf dem Planeten bezeichnet. Die wachsenden Ungleichheiten zwischen Arm und Reich, die Bedrohung der Demokratie durch Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit und die Unterdrückung und Diskriminierung der nicht-männlichen Geschlechter werden als zwangsläufige Folgen des Systems beschrieben.

Der Versuch, den Gegengipfel mittels eines martialischen Polizei und Militäraufmarsches zu diskreditieren, ging angesichts der absolut friedlichen Aktionen und der erfolgreichen Pressearbeit des Bündnisses ins Leere. Vereinzelte Provokationen anarchistischer und Hooligankräfte verpufften weitgehend.

Neoliberalismus: Gemeinsame Analyse - gemeinsamer Kampf
Die Diskussionen und der Austausch von viertausend bis fünftausend Teilnehmenden in den 70 Workshops und Foren des Alternativgipfels können in vier Achsen strukturiert werden, auch wenn sich die Themen in den Diskussionen miteinander verbanden.
1. Die Phänomene des Neoliberalismus
2. Die Mechanismen des Neoliberalismus
3. Alternativen zum Neoliberalismus
4. Attac-Europa setzt Impulse - Kräfte sammeln für Alternativen und gegen die Auswirkungen des Neoliberalismus

Gemeinsam bestimmten die teilnehmenden Organisationen bei aller kulturellen und inhaltlichen Unterschiedlichkeit das neoliberale kapitalistische System als Wurzel der ökologischen und sozialen Übel.
Auch das Europäische Attac Netzwerk war mit einem Workshop zur Einheit der sozialen Bewegungen beteiligt.
Ernsthaftes Streben nach Bündelung der Kräfte bestimmte ganz überwiegend die Diskussionen.
Die Beteiligung vieler Menschen der Gelbwestenbewegung belegte eindrucksvoll die Möglichkeiten zur Verbindung der Bewegungen.
Die Formen des Kampfes, ziviler Ungehorsam und soziale Kämpfe waren Gegenstand weiterer Foren und Workshops.

http://alternativesg7.org / http://g7ez.eus/fr/accueil/
Mehr hier: Attac Frankreich,
Egoitz Urrutikoetxea: Überlegungen kurz vor dem G7-Gipfel - Übersetzung
Manifest der Bündnisse nach dem G7-Gipfel, 26.8. (auf Französisch)

„ ***Wir fordern die Freilassung von Théo, Sebastian et Emil****, drei deutsche Jugendliche, deren „Verbrechen“ darin bestand, ein Buch über die Revolution und Camping-Ausrüstung bei sich zu haben“* (Attac FR, 1. Oktober 2019)
Das Berufungsgericht wird am 17. Oktober ihr Urteil verkünden.

Aktionstag am 12. Oktober 2019: Menschenrechte schützen, Konzernklagen stoppen

Der Aktionstag steht im Kontext einer europaweiten ***Aktionswoche vom 11. bis 19. Oktober 2019 (s.*** **Attac DE*)***.
*In diesem Zeitraum kommen Vertreter*innen von Staaten aus der ganzen Welt zu* ***zwei wichtigen Verhandlungen zusammen****:*
In Genf verhandeln sie über ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen, das Konzerne für ihre Vergehen haftbar machen würde (UN Binding Treaty)
In Wien sprechen sie darüber, wie das System der Sonderklagerechte für Konzerne weltweit ausgebaut werden kann.
*(****Kampagne gegen die Sonderklagerechte von Konzernen****:*
https://stopisds.org/de/ *;* Powershift*: Kritische Analyse der „Reform" der EU)*

Netzwerk gerechter Handel

So vage die Handelsabkommen beim Klimaschutz bleiben, so mächtig sind sie beim Schutz von Investitionen*:*
Viele Abkommen enthalten Sonderklagerechte für Konzerne. Damit können Investoren gegen Staaten klagen, wenn diese beispielsweise neue Klimaschutzregulierungen einführen. Erst kürzlich kündigte der deutsche Konzern Uniper eine Klage gegen die Niederlande an, sollte der niederländische Senat das geplante Gesetz zum Kohleausstieg verabschieden – die **FAZ** *berichtete.*
Diese Sonderklagerechte müssen endlich abgeschafft werden! ***Daher rufen wir für den 12. Oktober zu einem dezentralen bundesweiten Aktionstag unter dem Motto „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!"*** *auf.*
Beispiele dafür, wie Konzerne Schadensersatz für eine klimafreundliche Politik fordern: „Investitionen gegen die Zukunft" (Wochenzeitung Der Freitag)

CETA stoppen! Klima schützen!

Warum CETA kein Gewinn für den Klimaschutz darstellt.
Vor den Türen der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis90/Die Grünen in Sindelfingen wiesen baden-württembergische Gruppen zu CETA auf die negativen Folgen des Abkommens hin und forderten die Grünen dazu auf, im Bundesrat gegen CETA zu stimmen.
Kurzzeitig übernahmen sie auch die Bühne und machten mit Bannern auf ihr Anliegen aufmerksam.
Wann der CETA-Ratifizierungsprozess startet, ist zwar noch unklar – klar ist indes, dass der Bundesrat das Abkommen stoppen kann. Das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg verfügt dort über 6 der 35 benötigten Stimmen und könnte daher eine wichtige Rolle spielen. Während sich die Grünen auf Bundesebene immer klar gegen CETA positioniert haben und auch der baden-württembergische Landesverband auf einer Delegiertenkonferenz Ende 2017 beschlossen hat, dem CETA-Vertrag nicht zuzustimmen, folgt der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann nicht dieser Linie.

Am 1. September fanden die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen statt. Welche Parteien CETA im Bundesrat verhindern und welche CETA ermöglichen wollen, erfahren Sie in unseren Blogbeiträgen zu Sachsen und zu Brandenburg. Nach den Wahlen forderten wir die Parteien in Offenen Briefen dazu auf, CETA zum Thema der Koalitionsverhandlungen zu machen und im Koalitionsvertrag festzuhalten, dass dem Abkommen im Bundesrat nicht zugestimmt wird.
(aus dem September-Newsletter von https://www.gerechter-welthandel.org/)

Internationale Demonstration in Genf am 12. Oktober 2019 (Attac Schweiz)

Eine Karawane soll am **12.10. in Frankfurt** um 10 Uhr abfahren, Ankunft in Genf am selben Tag um 20 Uhr. **Etappen:** Basel (14.10), München (15.10), Innsbruck und Salzburg (16.10), Wien (17.10), Frankfurt (18.10.)
Es werden Aktionen auf der Strecke durchgeführt. (Attac FR, Attac CH)

Im Rahmen der Kampagne **'Stop Impunité des multinationales'** hat Attac FR ein Heft über multinationale Unternehmen herausgegeben; für die Aktionstage im Oktober sind Aktionsideen und -Material erhältlich ***(auf Deutsch).***

Attac FR: Mehrere Organisationen haben einen Bericht über **CAC40 (die 40 wichtigsten börsennotierten Unternehmen in FR.**) verfasst, der die Straffreiheit von Multinationalen aufdeckt;
gesamter Bericht;
speziell über Total

Nemo Krüger – „Angles d'Attac“ (Attac Schweiz)
Credit Suisse in Mosambik: Verschuldete Menschenrechte

Die Boote liegen weiterhin unbrauchbar im Hafen. Sie sind untauglich für die Fischerei, obwohl sie Unsummen gekostet haben. Mit 850 Millionen US Dollar sollte die mosambikanische Staatsfirma Ematum die nationale Fischereiindustrie wieder auf Vordermann bringen. Grosszügig finanziert von der Credit Suisse und der russischen Bank VTB.
Das einst verheissungsvolle Land an der Südostküste Afrikas liegt seit diesem Geschäft am Boden.

Zwischen 2013 und 2016 folgten weitere Kredittranchen. Im Ganzen belief sich der geliehene Betrag auf rund **2 Milliarden US Dollar**. Und für diesen haftete die Bevölkerung. Denn der damalige Finanzminister Manuel Chang versicherte den Geldgebern eine Staatsgarantie, falls der geplante Fischexport nicht die nötigen Einnahmen produzieren würde, um die Tilgung und Zinsen zurückzuzahlen.

Die für eine Staatsgarantie notwendige Absegnung des Parlaments umging Chang, denn es muss für ihn klar gewesen sein, dass die in der Kreditsumme inbegriffenen Schmiergelder nie in seine Tasche geflossen wären, hätte sich das Parlament den Kredit angeschaut. Denn Mosambik war schon vor den verheerenden Krediten von 2013 eines der ärmsten und am meisten verschuldeten Länder der Welt. **Finanzhilfen des IWF oder von Staaten wie der Schweiz waren an strenge Konditionen geknüpft**, weshalb die Zahlungen nach Bekanntwerden des Kreditskandals eingestellt wurden. Mosambik musste daraufhin seine Zahlungsunfähigkeit bekannt geben.

Die Hauptlasten der Korruptionsaffäre tragen heute die Bürgerinnen und Bürger Mosambiks. Es berichten mehrere lokale Spitäler von Medikamentenknappheit, welche durch wiederkehrende Naturkatastrophen im Frühling dieses Jahres noch akuter geworden sind.

Trotz Verhaftungen drei führender MitarbeiterInnen, welchen unter anderem Geldwäscherei und Bestechung vorgeworfen wird, blieb es auf Seiten der Credit Suisse lange ruhig. Deshalb haben sich **mehrere Schweizer Organisationen zusammengeschlossen** und mit Hilfe einer Delegation von mosambikanischen NGOs eine Aktion gestartet, um die Zivilgesellschaft auf den Skandal und dessen Konsequenzen aufmerksam zu machen und die **Führungsetage der Credit Suisse endlich zu einem Schuldenerlass zu bewegen.**

Denn die Geschehnisse in Mosambik sind keine Ausnahmen. Viel mehr reihen sie sich in eine lange **Tradition von faulen Kreditgeschäften** ein. Vorangetrieben durch grosse Finanz- und Rohstoffunternehmen.

Erst 2017 liehen die **Rohstoffriesen Glencore und Trafigura** der Republik **Kongo** im Geheimen 1,25 Milliarden US Dollar. Diese Enthüllung veranlasste den IWF dazu, die Schuldenhöhe des Kongos um 33 Prozent des Bruttoinlandprodukts nach oben zu korrigieren, was zu einer zwischenzeitlichen Zahlungsunfähigkeit geführt hat (1).

Auch am Parlament vorbeigeschleust wurde ein **UBS-Kredit** in der Höhe von 945 Millionen im Inselstaat **Papua-Neuguinea** aus dem Jahre 2014. Nach wochenlangem politischem Tumult wurde die dortige Regierung nun ausgewechselt. Die UBS weist jede Schuld von sich (2).

Auch westliche Staaten blieben nicht verschont: nachdem **Griechenland** während der Schuldenkrise mehrmals ein europäisches Hilfspaket aufgezwungen wurde, welches – durch die Bedingungen einer drakonischen Austeritätspolitik – die Menschenrechte der GriechInnen massiv beschnitten hatte, stieg die Selbstmordrate in der Zeit der Sparmassnahmen um 36 Prozent (3).

Was ein verschuldeter Staat für die Rechte und Freiheiten seiner BürgerInnen bedeuten kann, ist schon seit Langem bekannt. Bereits im Jahre 1898 weigerten sich die USA, die Schulden des eroberten Kubas gegenüber Spanien zurückzubezahlen. Diese seien der kubanischen Bevölkerung aufgezwungen worden und deshalb verabscheuungswürdig (engl. odious) und illegitim (4).
Auf der Basis dieser Argumentation folgerte der russische Anwalt Alexander Sack in den 1920er Jahren das **Konzept der odious debt – der verabscheuungswürdigen Schuld**. Diesem zufolge existieren Kriterien, die eine abgeschlossene Obligation illegitim und somit nichtig machen.

Die heutige Version dieses Konzepts besteht aus **drei möglichen Kriterien (5)**: Die Schulden gelten als illegitim, wenn die Verwendung der geliehenen Gelder gegen die öffentlichen Interessen, insbesondere gegen Menschenrechte, verstösst, wenn sie auf undemokratische Weise abgeschlossen worden sind, und wenn die Kreditgeber über die fragwürdigen Hintergründe der Kredite Bescheid wussten.

Nimmt man Sacks Konzept ernst, was es anhand der dramatischen Folgen von Überschuldung unbedingt zu tun gilt, müssten wohl einigen der heute 122 kritisch verschuldeten Staaten mindestens ein Teil ihrer Schulden erlassen werden (6). Dass dies unter bestehenden politischen Verhältnissen unwahrscheinlich ist, zeigte das Beispiel Griechenlands eindrücklich. Die führenden PolitikerInnen der EU waren bereit, den «kleinen Fisch» zu opfern, um die grossen Banken in Deutschland und Frankreich zu retten, welche nur durch die Gelder der europäischen Steuerzahler zu überleben vermochten.

Dass die grossen Player jedoch nicht unantastbar sind, offenbaren die Entwicklungen im Falle des Mosambik-Kredits der CS. Nach dem öffentlichen Druck in der Schweiz, wurde nun bekannt, dass die Credit Suisse seit einiger Zeit an einer Initiative für mehr Transparenz bei der Kreditvergabe arbeitet. Ausserdem wurden Gespräche zwischen VertreterInnen der Bevölkerung Mosambiks und der CS-Führung in die Wege geleitet, um den Schuldenschnitt zu besprechen. Eine Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft ist ebenfalls hängig, um zu prüfen, ob die Credit Suisse ihren organisatorischen Pflichten zur Überwachung ihrer Tochterfirmen nachgekommen ist. Schliesslich wird die Credit Suisse auch in einer Anklage aus Mosambik selbst als Beschuldigte genannt.

Auch wenn völlig unklar ist, ob irgendeine dieser Massnahmen Gerechtigkeit für die Menschen in den globalen Süden bringt, **steht die Grossbank nun unter Zugzwang. Es liegt an der hiesigen kritischen Bevölkerung, den Druck aufrechtzuerhalten. Wir Schweizer schulden es ihnen ganz besonders.**

1) Schuldenreport 2019. Erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V. und Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. S. 24.
2) https://www.finews.ch/news/banken/37046-ubs-papua-neuguinea-oil-search-darlehen-australien
3) Branas et al. (2015). The impact of economic austerity and prosperity events on suicide in Greece: a 30-year interrupted time-series analysis. BMJ Open.
4) https://www.investopedia.com/terms/o/odious-debt.asp (aufgerufen am: 05.07.2019)
5) Howald, S. (2015). Wie Griechenland betrogen wurde. In: WOZ Nr. 26/2015.
6) Schuldenreport 2019. Erlassjahr.de

Angles d'Attac: *Newsletter von Attac Schweiz*

Attac Frankreich
Strategische Ausrichtung
2019 - 2022

Alle drei Jahre entscheiden die Attac-Mitglieder über einen Bericht zur strategischen Ausrichtung der Vereinigung (für die Jahre 2013 – 2019 in SiG 101 und SiG 122 veröffentlicht; einen Überblick über die Strukturen von attac FR findet man hier). Nach einer Debattenphase von mehreren Monaten und Änderungsvorschläge haben sich von den knapp 10 000 Mitgliedern von Attac Frankreich rund 2300 an der schriftlichen Abstimmung beteiligt; 80% haben sich für diesen Bericht ausgesprochen. Ebenfalls schriftlich wurden die Mitglieder des „Conseil d'administration" (entspricht dem Rat in Deutschland) gewählt. Diese wählen das „bureau" (geschäftsführendes Gremium) , die Sprecher (Aurélie Trouvé, Raphaël Pradeau und Maxime Combes) und die Generalsekretärin (Annick Coupé).

1 Der politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Kontext

Die Kluft zwischen Reichen und Armen, zwischen Mächtigen und sozial Schwachen, zwischen den Ländern des Nordens und des Südens, auf globaler Ebene und innerhalb unserer Gesellschaften wird immer größer.
Die Zerstörung von Klima und Natur durch die verstärkten Emissionen von Treibhausgasen und Schadstoffen in Luft, Wasser und Boden verschärft sich Jahr für Jahr weiter.
Auf politischer Ebene erleben wir eine bedeutende Entwicklung: Die Politik der neoliberalen Globalisierung und die generelle Austeritätsspolitik werden von den Menschen mit einem mittleren oder geringen Einkommen immer deutlicher abgelehnt.

Die Finanzkrise von 2008 führte von 2011 bis 2013 zu mächtigen Mobilisierungen gegen den Finanzkapitalismus, der heute einige der Hauptübel unseres Wirtschaftssystems verschärft. **Die Legitimität der neoliberalen Oligarchie ist zerfallen, was zu einer neuen politischen Instabilität und zu schnellen Veränderungen im politischen Raum führt:** Die Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien verlieren an Einfluss, und wir erleben gleichzeitig einen Anstieg des Rechtspopulismus und das Entstehen neuer linker Gruppierungen. Die Eliten im Dienst der etablierten Ordnung versuchen daher, auf ihre Legitimitätskrise zu reagieren. Die Infragestellung ihrer Politik, die ja gescheitert ist, leitet jedoch nicht ihre Überlegungen. Im Gegenteil, sie setzen auf noch schärfere Mittel: Angesichts der Proteste breiter Teile der Bevölkerung sollen autoritäre Politik, Repression und Demokratieabbau ihre Agenda durchsetzen.

Mit der Politik der Angst und mit den Terroranschlägen verweisen Demagogen auf falsche Schuldige (Ausländer, Muslime ...) und gewinnen sogar Wahlen. In Europa sind rechtsextreme Kräfte an mehreren Regierungen beteiligt (Österreich, Italien, Polen, Ungarn) oder sehen ihren Einfluss entsprechend dem der AfD in Deutschland zunehmen.
Schließlich erzeugen auf geostrategischer Ebene der Durchbruch der Rechtspopulisten (Orban, Trump, Bolsonaro ...), die Schwächung der Hegemonie der Vereinigten Staaten, das Auftauchen neuer wirtschaftlicher und diplomatischer Mächte wie China eine weit verbreitete Instabilität, die zu plötzlichen Veränderungen führen kann: Krise der Europäischen Union, mögliche Abkehr von der Phase der Globalisierung auf der Grundlage des Freihandels, Vervielfachung kriegerischer Auseinandersetzungen.

Wir befinden uns also in einer unsicheren Phase. Die Krise der neoliberalen Hegemonie kann zur Entstehung neuer Monster führen. Sie kann auch unseren Emanzipationsbewegungen neuen Aufschwung verleihen.

Denn angesichts der reaktionären Dynamik **entstehen oder verstärken sich Widerstandsbewegungen**, sei es gegen die Austeritätspolitik, gegen Maßnahmen zur Schwächung der Arbeitnehmerrechte und der sozialen Sicherungssysteme.
Die gewaltigen feministischen Mobilisierungen oder Bewegungen für Klimagerechtigkeit sind auch ein integraler Bestandteil dieser Protestbewegungen. Die feministischen Bewegungen werden stärker, etablieren sich und erreichen historische Mobilisierungsgrade. Von der Bewegung in den Vereinigten Staaten gegen Trump, von Polen und Irland bis Argentinien und Brasilien sind feministische Märsche sichtbarer Protest gegen konservative Regierungen. Die Mobilisierungen vom 8. März 2018 – darunter die Demonstrationen und Kundgebungen von 5 Millionen Menschen in Spanien – unterstreichen den strukturellen Charakter der existierenden Ungleichheit, die vom Privatbereich bis zum Beschäftigungsbereich reicht.

Diese globale Dynamik ist weit davon entfernt, eine einmalige Bewegung zu sein, sie ist vielmehr Teil eines langfristigen Prozesses, der sich heute in großem Maß entfaltet, weit über die Kreise der Aktivisten hinaus. Während die Auswirkungen des Klimawandels täglich spürbarer werden, zeigen die großen Mobilisierungen das wachsende Bewusstsein der Bevölkerung für die Klimakrise (Klimamärsche, Mobilisierungen gegen extraktivistische Projekte ...). Ebenso zeugen die Solidarität mit Geflüchteten, insbesondere in Europa, oder der „Flughafenaufstand" in den Vereinigten Staaten vom Erfindungsreichtum und von der Hartnäckigkeit gegenüber

asymmetrischen und selektiven Maßnahmen zur Grenzschließung und Kriminalisierung der Migration. Dabei zeigen die vielen Aktionen der Zivilgesellschaft eine klare politische Haltung zugunsten der Aufnahme von Geflüchteten und sie schlagen auch alternative Ansätze vor. In Europa will die Bewegung „Fearless cities“ eine andere Botschaft als die der Angst verfolgen. Erfahrungen fließen in die Überlegungen auf verschiedenen institutionellen Ebenen ein, wie z. B. in den kommunalen Bewegungen, insbesondere in Spanien. Das Netzwerk der „rebellischen Städte“ ist in verschiedenen Ländern aktiv und unterstreicht, dass die Mobilisierung der Bevölkerung für den Aufbau eines fortschrittlichen Projekts in Europa entscheidend ist. Migrantinnen und Migranten, Menschen ohne Papiere, prekarisierte oder saisonweise ausländische Beschäftigte führen in Selbstorganisation ebenfalls Kämpfe um das Erlangen von Rechten. Solche Kämpfe fügen sich zu den Bewegungen von Menschen hinzu, die schon lange migriert sind, und von Bevölkerungsteilen, die rassistisch abgestempelt werden.
All diese Bewegungen bilden konkrete Alternativen und tragen den Keim anderer möglicher Welten in sich.

Auf wirtschaftlicher Ebene **nimmt die unbegrenzte Akkumulation der Finanzmärkte zu,** mit einem höheren Grad an Kapitalisierung und Verschuldung als im Jahr 2007. Die Spannungen an den Aktienmärkten nehmen zu und kündigen die nächste Krise an. Während der Ausbruch der Finanzkrise 2007/2008 das Ergebnis einer Deregulierung des Finanzsektors war und für die Bürgerinnen und Bürger katastrophal war, wurden dennoch keine Lehren gezogen, um die Großbanken und andere Investmentfonds zu kontrollieren.
Im Gegenteil, der Prozess der Finanzderegulierung und Finanzspekulation geht weiter. Um den Anforderungen des Finanzkapitals gerecht zu werden, werden in hohem Tempo antisoziale und antidemokratische Maßnahmen durchgeführt. Die Bewegung der Gelbwesten ist eine Reaktion auf diese Politik. Wir müssen Maßnahmen zur Entwaffnung der Finanzmärkte, zur Kontrolle der Banken und zur Verteilung der Reichtümer fordern.

Angesichts des Neoliberalismus von E. Macron, A. Merkel, J. Trudeau und anderen einerseits und der Fremdenfeindlichkeit von D. Trump und von immer zahlreicher werdenden Regierungschefs – insbesondere in Europa – andererseits, die auf nationalem Eigensinn bestehen und zur Jagd auf Migrantinnen und Migranten rufen, besteht eine wesentliche Herausforderung unserer Zeit darin, **eine andere Vision von der Globalisierung zu entwerfen.** In diesem Zusammenhang war eine Bewegung für eine alternative Globalisierung noch nie so notwendig. Aber gleichzeitig müssen wir bestimmte Debatten fortsetzen und vielleicht auch eine andere Vision präzisieren, damit sie von so vielen Menschen wie möglich verstanden wird.

Eine neue Runde des Freihandels wird eingeleitet, der Multilateralismus weicht zunehmend bilateralen Abkommen. So sind die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) ins Stocken geraten, die WTO, die G7, die G20 und andere zwischenstaatliche Treffen sind nicht mehr die Orte, an denen wie in den 1990er und 2000er Jahren über den Lauf der Welt entschieden wird.
Die Krise hat auch zu einer Verlangsamung des internationalen Handels geführt, so dass der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung ins Stocken geraten ist. Es drohen Handelskriege zwischen Großmächten. Unter dem Druck multinationaler Konzerne und um den internationalen Handel wieder zu beleben, haben die Regierungen neue bilaterale Freihandelsabkommen ausgehandelt, wie beispielsweise CETA zwischen der EU und Kanada, das die Märkte weiter liberalisiert. Doch es ist offensichtlich schwierig, sich diesen komplexen und zahlreichen Abkommen zu widersetzen, die die Liberalisierung der Märkte stärken. Darüber hinaus ist der Machtantritt von Trump von einer Infragestellung vergangener Verhandlungen, aber auch von protektionistischen Maßnahmen begleitet. Eine fortwährende neoliberale Dynamik und gleichzeitig Spannungen in den Handelsbeziehungen sind Widersprüche der heutigen Zeit, die wir analysieren müssen, um unsere Antworten darauf zu aktualisieren.

Ein Bruch mit der aktuellen Freihandelspolitik wird zu einer heftigen Auseinandersetzung mit den europäischen Institutionen führen, d. h. zu einem Prozess des zivilen Ungehorsams. Es wird notwendig sein, in Zusammenarbeit mit dem europäischen Attac-Netzwerk ein alternatives Projekt der supranationalen Zusammenarbeit im Sinne einer Emanzipation der Menschen zu entwickeln. Dieses Projekt erfordert die Schaffung wirklich demokratischer Institutionen, die in einer globalisierten Welt als einzige in der Lage sind, soziale und ökologische Rechte, Gemeingüter und Steuergerechtigkeit zu verteidigen.
Die fortschrittlichen Bewegungen in Europa sind derzeit gelähmt, weil es so schwierig ist, aus dem auferlegten Rahmen herauszukommen. Doch sei es der europäistische und autoritäre Neoliberalismus eines Makron, sei es der „illiberale“ Nationalismus eines Orbans, die Gründe für eine entschiedene Ablehnung dieser beiden politischen Projekte sind zahlreich und beziehen sich auf die Grundsätze der altermondialistischen Bewegung: Verteidigung der demokratischen Souveränität, Solidarität zwischen den Völkern, Kampf gegen den Freihandel mit Kapital und Waren, Verteidigung der Rechte von Migranten, Verteidigung der Freizügigkeit der Menschen, Bruch mit Produktivismus und Extraktivismus, Verteidigung der demokratischen Rechte ...
Bei all diesen wesentlichen Themen haben unsere beiden Gegner meistens die gleichen Konzepte, die in vollem Gegensatz zu unseren Werten stehen. Um wieder Fuß zu fassen, müssen die sozialen Bewegungen in Europa ihr Festhalten an ihren Werten und Prinzipien, insbesondere den internationa-

listischen, kundtun und gleichzeitig mit den Illusionen einer fortschrittlichen Reform der Europäischen Union brechen.

Schließlich muss **die ökologische Krise** im Mittelpunkt unserer Überlegungen und Aktionen stehen. Sie nimmt zu, bedroht sogar das Überleben der Gesellschaften und verschärft die sozialen Ungleichheiten. Die Regierungspolitik hat dazu keine Antwort. Die derzeitigen Regierungsmitglieder schwanken zwischen Trumps Klimaverleugnung und einer makronischen Politik, die im Wesentlichen aus Kommunikation besteht. Fortgesetzt werden gleichzeitig eine klima- und umweltfeindliche Politik im Interesse der multinationalen Konzerne, die Entwicklung destruktiver Projekte und die Förderung der Wirtschaft als Antwort auf das Klimachaos.
Die altermondialistische Bewegung hebt die Notwendigkeit eines Bruchs mit dem produktivistischen System hervor, um einem Wachstumskonzept, das ausschließlich auf dem BIP basiert, ein Ende zu setzen. Während gewisse – umweltschädliche oder unnötige – Aktivitäten reduziert werden müssen, müssen andere entwickelt werden, um sozialen und ökologischen Bedürfnissen und Solidaritätsmaßnahmen zum Wohle der betroffenen Bevölkerung gerecht zu werden. Dies bedeutet einen tiefgreifenden Wandel in der Produktions- und Konsumweise, einen genügsamen Energie- und Materialverbrauch, in diesem Sinne auch die Entwicklung nachhaltiger Aktivitäten und Arbeitsplätze. Es bedeutet auch, mit dem räuberischen Finanzsektor zu brechen, um das Finanzsystem in den Dienst des ökologischen und sozialen Übergangs zu stellen. Schließlich bedeutet es auch, Lösungen zu untersuchen, die durch einen sozial nachhaltigen Wachstumsrückgang bei globalen Problemen Abhilfe schaffen könnten.

In Frankreich hat der Amtsantritt Emmanuel Macrons und seiner Regierung eine neue Phase der Transformation der französischen Gesellschaft nach den Grundsätzen des Neoliberalismus eingeleitet. Methodische und zuverlässige Zerstörung der öffentlichen Dienste und der sozialen Sicherungssysteme, Rückzug aus jeglichem ökologischen Fortschritt, sobald die Interessen der multinationalen Konzerne auf dem Spiel stehen, Abbau von Instrumenten zur Reichtumsumverteilung, Vervielfachung der Angriffe auf die grundlegenden Menschenrechte, angefangen bei denen der Migranten ...
Zu diesem Zweck wurde eine starke Marketingstrategie eingesetzt, die diese Politik umso gefährlicher macht, die aber immer weniger verbirgt, was sie ist: eine neoliberale, autoritäre und konservative Politik. Das führte zu der quasi spontanen Bewegung der Gelbwesten, Ausdruck der von vielen empfundenen Wut.
Die schnelle und brutale Methode des Präsidenten der Ultrareichen, sein Businessmodell durchzusetzen, hat nicht die erwartete Erstarrung gebracht. Die Strategie, die auf die polizeiliche Repression von sozialen Bewegungen und Arbeitervierteln, auf die Institutionalisierung des Ausnahmezustands setzt, ist ein Versuch, jeden Widerstand zu brechen. Sie hat sicherlich bereits mehrere Siege errungen, aber gegen Macron entwickeln sich sektorielle oder auch gemeinsame Mobilisierungen, von denen einige in ihrer Zusammensetzung und Vielfalt neu sind, wie z. B. Nuit Debout oder die Gelbwesten-Bewegung. Sie reichen bisher nicht aus, um den sozialen und demokratischen Abbau zu stoppen, aber sie sind ein Zeichen für eine soziale Opposition, die sich im Aufbau befindet und die angesichts zukünftiger Angriffe an Bedeutung gewinnen kann.

2 Die Schwerpunkte von Attac 2019 bis 2022

Attac hat eine strategische Rolle zu spielen, um zu verhindern, dass sich fremdenfeindlicher Populismus als einzige Alternative zum autoritären Liberalismus präsentiert.
Wir wollen Alternativen zum gegenwärtigen kapitalistischen System populär machen, und wir glauben, dass die Bewegung für eine andere Welt, wenn sie neu definiert und aktualisiert wird, ein wichtiges Mittel zur Verwirklichung eines ökologischen, sozialen und feministischen Übergangs sein kann. Wir müssen weiterhin unsere Vorschläge dafür unterbreiten, diese andere Welt hervorzubringen, die nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist, auch wenn diese tiefgreifende gesellschaftliche Transformation schwierig ist. Angesichts dieser Probleme sind die Herausforderungen enorm, ebenso die möglichen Handlungsfelder von Attac.

Unsere Vereinigung hat auch eine Besonderheit in der sozialen Bewegung, nämlich die Suche nach einer globalen und transversalen Sicht der Herausforderungen. Es ist jedoch unerlässlich, sich Prioritäten zu setzen, um in einem Rahmen zu handeln, der durch unsere derzeitigen Grenzen (Mitglieder, Haushalt ...) begrenzt ist. Attac muss auch die Zusammenarbeit mit Partnern, mit Netzwerken und Bündnissen fortsetzen oder Initiativen zu anderen, von den eigenen Prioritäten abweichenden Themen unterstützen.
Somit haben wir uns für die nächste Zeit (2019 bis 2022) fünf Prioritäten gesetzt.

2.1 Die europäische und internationale Dimension: eine wesentliche Herausforderung für diese Periode

Während die Neigung zur Abschottung lokale und nationale Bewegungen gefährdet, ist die internationale Dimension von Attac von entscheidender Bedeutung.
Das Attac-Netzwerk handelt international, indem es an gemeinsamen Veranstaltungen und Kampagnen teilnimmt, die Dynamik der Konvergenz zwischen sozialen Bewegungen fördert und Analysen zu globalen Themen vorschlägt.
Die Bewegungen für eine andere Welt haben mit ihren Vorschläge gezeigt, dass sich andere Welten herausbilden.

Das Attac-Netzwerk, das schon immer in einem internationalen Rahmen gehandelt hat, muss Analyse, Debatten und Handeln miteinander verbinden. Wir müssen die begonnene Arbeit fortsetzen, sie erneuern und gleichzeitig dafür sorgen, dass internationale Themen quer zu unseren anderen Themen ihren Platz finden.

Während sich die regionalen „Gleichgewichte“ verändern, ist es für Attac wichtig, die laufenden Veränderungen zu analysieren: Angesichts der Wahl von Trump, des Aufstiegs der Rechten, der politischen Instabilität in Europa und in vielen Teilen der Welt müssen die sozialen Bewegungen ihre Strategien überdenken. Ebenso haben unsere Mobilisierungen, unsere Gegengipfel oder Weltsozialforen nicht mehr den gleichen Umfang. Die Dynamik der alternativen Bewegungen befindet sich ebenfalls im Wandel und Attac kann zur Neudefinition der Konvergenz- und Bündnisprozesse unserer internationalen Bewegungen beitragen.

Angesichts der Klimakrise entstehen auch neue Handlungsformen, und eine globale feministische Dynamik wird gestärkt.

Schließlich ist es notwendig, den Austausch mit sozialen Bewegungen auf internationaler und insbesondere auf europäischer Ebene zu verstärken und aktiv zur Dynamik der Netzwerke beizutragen, in denen die Vereinigung vertreten ist (Weltsozialforum, Alter Summit, Systemische Alternativen (1) , internationale Netzwerke von Aktivisten zum internationalen Handel und zur Finanzwelt ...). Es müssen weiterhin gemeinsame Aktionen durchgeführt werden, insbesondere mit dem europäischen Attac-Netzwerk und dem Globattac-Netzwerk.

2.2 Entwaffnung der Finanzmärkte und Kampf für Steuergerechtigkeit

Unsere Vereinigung hatte bei ihrer Gründung vorgeschlagen, eine Steuer auf Finanztransaktionen einzuführen. Zwanzig Jahre später muss Attac diese Arbeit und, allgemeiner gesagt, ihren Kampf zur Entwaffnung der Finanzmärkte fortsetzen. Es geht auch darum, die Steuerflucht zu stoppen, damit ultrareiche Menschen, die digitalen Riesenunternehmen und multinationale Konzerne aufhören, sich der Besteuerung zu entziehen. Auch sind Geschäftsbanken und Investmentbanken zu trennen. Um die Mehrheit der Bürger von der Dringlichkeit der Umsetzung unserer Vorschläge zu überzeugen, versuchen wir, die Verbindung zwischen der Hegemonie der Finanzwelt und ihren Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bürger deutlicher zu machen. So versucht die französische Regierung, die Idee durchzusetzen, dass wegen einer angeblich übermäßigen Verschuldung öffentliche Gelder für qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen und soziale Sicherungssysteme sowie für den ökologischen Wandel fehlen. Wir müssen jenseits des Kreises der bereits Überzeugten zeigen, dass dieses Geld, das in Frankreich jährlich Dutzende von Milliarden Euro beträgt, durch die Erhebung einer Steuer auf Finanztransaktionen und eine wirksame Bekämpfung der Steuerflucht eingezogen werden könnte. Wir müssen auch zeigen, dass es möglich ist, die Kontrolle über die Finanzmärkte und unsere Zukunft zu übernehmen, indem Milliarden von Euro von fossilen Brennstoffen und schädlichen Finanzierungsmitteln in einen Bankensektor unter Bürgerkontrolle mit u. a. einem öffentlichen Ökologie- und Solidaritätsbereich umgeleitet werden.

2.3 Für den ökologischen, sozialen und feministischen Übergang

Attac arbeitet seit mehreren Jahren daran, Umweltfragen mit sozialen und demokratischen Fragen und mit der Hegemonie der Finanzmärkte zu verbinden. In der nächsten Periode ist diese Arbeit fortzusetzen. Ziel ist es, sich in die Mobilisierungen für die Klimagerechtigkeit einzubringen und den Platz, den Attac in dieser Bewegung eingenommen hat, weiterhin wahrzunehmen. Über u. a. die Lokalgruppen und das europäische Attac-Netzwerk sollte Attac am Kampf gegen den Extraktivismus und gegen große nutzlose Projekte mit Widerstandsaktionen, Aktivitäten und Vorbringen von Alternativen teilnehmen. Attac will auch die Rolle der Finanzmärkte, insbesondere der Großbanken, bei der Finanzierung von Aktivitäten zur Zerstörung von Ökosystemen, insbesondere von Industrien mit fossilen Energieträgern, anprangern. Attac sollte sich auch an der intellektuellen Produktion beteiligen, damit wir an Diskussionen teilnehmen, unsere Analysen bereichern und unsere Vorschläge umsetzen können. Es sollen Arbeitsbereiche zur Reflexion und Analyse entwickelt werden. Dazu bedarf es der Veröffentlichung von Berichten und/oder Büchern, um unseren Kampf für einen sozial gerechten ökologischen Übergang hervorzuheben, vorrangig für die im Norden und Süden betroffenen Gemeinschaften und unter dem Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern.
Es ist nicht mehr die Zeit für einen 30-jährigen Übergang, sondern es braucht einen raschen Systemwechsel. Lasst es uns antizipieren! Sowohl die Dringlichkeit angesichts bestehender und zukünftiger Klimakatastrophen als auch die gewichtigen nuklearen Risiken zwingen uns, über eine Gesellschaft nachzudenken, die auf alternativen systemischen Projekten in den Regionen aufbaut, die wir sichtbar machen und fördern müssen.

2.4 Kampf gegen multinationale Unternehmen und Freihandelsabkommen

Was den Freihandel betrifft, so ist der aktuelle Zeitraum von entscheidender Bedeutung. Das Vorhaben, über die Welt auf der Grundlage bilateraler Abkommen (die durch multilaterale Abkommen ergänzt werden können) ein Netz zu spannen,

könnte den multinationalen Unternehmen die institutionellen Mittel zur Kontrolle und Überwachung der öffentlichen Politik (insbesondere durch die Schiedsgerichte und Regulierungsbehörden) zur Verfügung stellen.

Attac wird daher die Entwürfe der von der EU angestrebten Verträge weiter analysieren müssen, um sie scheitern zu lassen und unseren Mitbürgern ihre Auswirkungen begreiflich zu machen. Jeder Sieg über eines ihrer Projekte wäre ein schwerer Rückschlag für die ultraliberale Handelspolitik der Europäischen Union.
Attac muss sich auch an der Erarbeitung alternativer Ansätze für den internationalen und regionalen Handel beteiligen, die der Solidarität sowie den sozialen und ökologischen Erfordernissen Vorrang einräumen. Wir wollen multilaterale, regulierte Handelsabkommen, in denen soziale, gesundheitliche und ökologische Ziele und die internationale Solidarität Priorität haben. Aber darüber hinaus, welche internationalen Institutionen schlagen wir vor? Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um die Menschen vor multinationalen Unternehmen und ungezügeltem Wettbewerb zu schützen?
Es stellt sich insbesondere die Frage nach der Regulierung des Handels mit Waren, Dienstleistungen und Kapital, grenzübergreifend oder nicht, wozu z. B. die eingehende Prüfung der Bedeutung und der Grenzen von Instrumenten wie Zöllen und Kilometersteuern gehört.

2.5 Verteidigung und Förderung der sozialen und demokratischen Rechte

Emmanuel Macron und seine Regierung organisieren einen beispiellosen Angriff auf die öffentlichen Dienstleistungen und die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Renten- und Arbeitslosenversicherung, mittels einer starken Kürzung der Haushalte, der Infragestellung des Beamtenstatus, einer Schwächung der kommunalen Gebietskörperschaften ...
Die unteren Schichten werden die ersten Opfer sein. Besonders betroffen sind Frauen, von denen viele in einer prekären Situation sind, und Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Dem Interesse der Mehrheit der Bevölkerung entgegengesetzt gehen die Liberalisierung unserer Gesellschaft und der Abbau sozialer Errungenschaften mit Angriffen auf unsere demokratischen Errungenschaften, einer Strategie der Suche nach Sündenböcken (Migranten, Roma-Bevölkerung, Muslime usw.) und einer immer stärkeren Unterdrückung aller Protestformen einher. Am stärksten gefährdet sind Wohnviertel der unteren Schichten und rassisierte Bevölkerungsgruppen (1). Migranten werden als Verkörperung des „äußeren Feindes“, aber auch als Bedrohung von innen heraus, gegen die sozialen Rechte von „Inländern“ benutzt. Kampagnen über die Verknappung öffentlicher Gelder können zur Unterstützung des rechtsextremen Arguments der „nationalen Priorität“ genutzt werden. Hingegen basieren unsere Kampagnen für eine Reichtumsumverteilung auf der Forderung nach gleichem Zugang zu den sozialen Rechten.

Das Attac-Netzwerk hat keine führende Rolle beim Aufbau von Mobilisierungen zu diesen Themen, aber es kann und muss eine wesentliche Rolle bei der Analyse der Herausforderungen und bei der Vernetzung von Organisationen und Bürgern spielen, wie es bei verschiedenen Themen wie Renten, Arbeitsrecht oder auf Initiative der Demonstrationen „Die Straßen fluten“ (26. Mai 2018**)** der Fall war. Es hat diese Mobilisierungen verstärkt, indem es den Zusammenhang zwischen dem Sozialabbau und der Hegemonie der Finanzmärkte hergestellt hat, mit seinem Fachwissen, seiner Bildungsarbeit und seinen bürgernahen Aktionen. Damit hat es die Bedeutung des transversalen Charakters der Kämpfe deutlich gemacht: Der Kampf gegen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen bei Mobilisierungen gegen Rentenreformen, gegen den Abbau des Arbeitsrechts, gegen Diskriminierung und Rassismus ermöglicht es, den Widerstand zu erweitern und die Kämpfe zu verstärken. Demokratische Fragen werden immer wichtiger und müssen eine wichtigere Rolle bei den Tätigkeiten, den Kampagnen und den Kämpfen unserer Vereinigung spielen. In diesem Sinne wollen wir uns weiterhin für die Verteidigung und Förderung weiterer sozialer und demokratischer Rechte einsetzen, insbesondere in den Unternehmen, in denen Millionen von Männern und Frauen bei ihrer Haupttätigkeit noch immer nicht mitreden können.

(1) https://transformadora.org/en/2020
www.altersummit.eu
https://systemicalternatives.org/2019/03/26/what-are-systemic-alternatives/

(2) *Stellungnahme des Verwaltungsrates: Mindestens drei Argumente sprechen für die Beibehaltung des Begriffs „rassisiert“. Einerseits würde „diskriminiert“ die Besonderheit der im Absatz genannten Gewalt beseitigen, die nicht aufgrund von Geschlecht, Klasse, sexueller Orientierung oder Behinderungsstatus der betroffenen Personen begangen wird. Andererseits wird dieser Begriff von Organisationen verwendet, die gegen Rassismus und polizeiliche Gewalt kämpfen, und wir können nicht behaupten, ihren Kampf zu unterstützen, ohne dazu beizutragen, die Worte zu verbreiten, die es ihnen ermöglichen, die Realität zu beschreiben, die sie verurteilen. Schließlich ist es keineswegs so, dass es Rassen im biologischen Sinne des Wortes gibt. Gleichwohl gibt es sozial konstruierte Rassen, die als Grundlage des Rassismus dienen. Es könnte hinzugefügt werden, dass „rassisiert“ auf eine Bezeichnung hinweist, die von den damit gemeinten Personen nicht gewählt wurde.*

https://vie-interne.attac.org/instances/ag/2019/materiel-de-vote-ag-2019-89/article/rapport-d-orientation-2019-2022
Übersetzung: Jürgen Janz / SiG-Redaktion
Anm. der SiG-Redaktion:
Die Teile 3 (Mittel zur Umsetzung der Ziele) und 4 (Strukturen von Attac Frankreich) des Berichts werden noch übersetzt und stehen ab Mitte Oktober in der Werkstatt für SiG 133, ebenfalls der Tätigkeitsbericht und der Finanzbericht.

Nick Deardon, Global Justice Now

Was ist von einem Premierminister Boris Johnson zu erwarten?

Johnson kennt genauso wie Trump keine roten Linien

Den folgenden Artikel schrieb Nick Deardon, Direktor der britischen Kampagnenorganisation Global Justice Now - Mitglied vom internationalen Attac-Netzwerk, https://www.globaljustice.org.uk/, für die Online-Ausgabe von Aljazeera ***am 24. Juli 2019****, dem Vorabend der Ernennung von Boris Johnson zum Premierminister des Vereinigten Königreichs.*

24. Juli 2019 - Morgen wird Boris Johnson zum Premierminister Großbritanniens ernannt werden. Es ist ein Moment, der seit Jahren sich bedrohlich abzeichnete, der den Brexit so gut wie unvermeidlich macht. Dennoch fühlt es sich noch immer unwirklich an, unmöglich. Wie sieht die Realität dieses entscheidenden Moments aus?

Alexander Boris de Pfeffel Johnson ist durch und durch britisches Establishment. Als Historiker und Journalist nimmt er sich die populistischen Politiker der spätrömischen Republik zum Vorbild. Er ist ein Patrizier, der in seinem unstillbaren Durst nach dem höchsten Amt, ablenkt, unterhält und den Plebs aufpeitscht, indem er Unschuld vortäuscht und die politischen Regeln bricht.

Johnson machte sich einen Ruf als Journalist, dessen Verzerrungen und Unwahrheiten die Haltungen der britischen Rechten gegenüber Europa in der 1990er Jahren formten. Letzte Woche machte er es wieder, er schwenkte einen Fisch*, der die großen Ungerechtigkeiten der EU-Vorschriften symbolisieren sollte. Später wurde er dann darauf hingewiesen, dass die betreffende Verordnung wie so oft tatsächlich von Großbritannien eingeführt wurde. Aber das stört einen Johnson nicht. Die Verzerrung ist interessanter als die Wirklichkeit und im Zeitalter der „fake news“ ist der Schaden angerichtet, die Lüge wird zur Wahrheit.

Es gibt eine Theorie, die besagt, dass Johnson niemals für uns den Brexit wollte. Er wurde während des EU-Referendums zum führenden „Brexiteer“, und brach dabei mit seinem langjährigen Schulfreund David Cameron. Wahrscheinlich kippte er das knappe Votum zu Gunsten des Austritts. Aber sein Grund dafür, so die Theorie, war die Überlegung, dass das Referendum zu Gunsten unseres Verbleibs in der EU ausgehen würde. Von der darauffolgenden Welle des Zorns der konservativen Brexit-Anhänger über ihren Parteiführer David Cameron würde der Premierminister dann hinweggefegt werden und Johnson könnte an die Stelle treten.

Johnsons Regelbrüche sind noch düsterer. Die Bigotterie, derer er sich bedient, ist inzwischen berüchtigt (Frauen, die den Niqab tragen sind „Briefkästen“, Afrikaner sind „Piccaninnies“ mit „Wassermelonen-Lachen“, Homosexuelle sind “tank-topped bumboys“). In den 1990er Jahren wurde sogar aufgezeichnet, wie er jemanden dazu brachte, die Rippen eines Journalisten zu brechen, der seine Aktivitäten untersuchen würde. Aber Johnson lacht das alles weg. Sagt, dass er es nicht so gemeint habe. Dass es ein Scherz war. Und er kommt damit durch. Die ganze Zeit unterhält er die Massen und überzeugt sie irgendwie: „Ich bin genauso wie ihr, gerate immer in Schwierigkeiten, weil ich das liberale Establishment beleidigt habe.“

Dieses Ausweichen bedeutet, dass wir nicht wissen, was Johnson tatsächlich tun wird. Aber wir haben eine Ahnung. Er wird als der große Brexiteer gesehen, weshalb er von einer zunehmend extremeren Basis der Konservativen Partei gewählt worden ist. Er hat versprochen die EU am 31. Oktober auf Biegen und Brechen zu verlassen, selbst, wenn das bedeutet ohne ein Abkommen auszuscheiden. Selbst, wenn das den außergewöhnlichen Schritt erfordert, bisher ohne Präzedenz, das Parlament auszusetzen und durch Dekrete zu regieren.

Er ist verzweifelt an einer engeren Beziehung mit den Vereinigten Staaten interessiert. Er sagte, seine Priorität sei es Trump zu treffen und über Handel zu reden. Vergangene Woche erst bekamen wir einen weiteren Hinweis darauf, was dieses Handelsabkommen bedeuten würde. Informationen, die aus den Geheimgesprächen durchgesickert waren, zeigten, dass US-Beamte verzweifelt darauf bedacht waren, Großbritannien von Europa wegzuholen und es auf Standards und Vorschriften im US-Stil zu lenken. Sie machten dabei ziemlich deutlich, dass eine Sondersteuer auf die Big-Tech-Firmen wie Amazon und Facebook, die bereits in Frankreich vorangetrieben und von der britischen Regierung vorgeschlagen wurde, bei einem Handelsabkommen mit den USA wahrscheinlich nicht möglich sein würde. Wir wissen auch, dass es kein Handelsabkommen geben wird, wenn das Vereinigte Königreich nicht die Lebensmittelstandards nach US-amerikanischem Vorbild akzeptiert und akzeptiert, dass öffentliche Dienstleistungen wie der nationalen Gesundheitsservice (NHS) untergraben werden.

Aber für die rechten Brexiteer ist das kein Problem – schließlich würde ein Handelsabkommen unter diesen Bedingungen die deregulierte, liberalisierte Wirtschaft vorantreiben, die sie sich immer gewünscht haben.
Wie der ehemalige britische Kanzler Nigel Lawson sagte: „Der Brexit gibt uns die Chance die Thatcher-Revolution abzuschließen“. Während der Brexit das politische und wirtschaftliche Vakuum schafft, um diesen Freimarkt-Traum voranzutreiben, kann ein US-Handelsabkommen ihn für die absehbare Zukunft sichern.

Anfang dieses Jahres unterstützte Johnson einen Bericht, der effektiv das Ende der internationalen Entwicklung, wie wir sie verstehen, bedeuten könnte.
In den Vorschlägen wurde das Ende einer unabhängigen Abteilung für internationale Entwicklung gefordert, stattdessen sollen die Hilfsausgaben in eine Mega-Abteilung mit internationalem Handel und Außenministerium zusammengefasst werden. Der Bericht schlug auch vor, die Definition von „Hilfe“ bis zu dem Punkt zu verwässern, an dem sie für mehr oder weniger alles ausgegeben werden könnte, was der Regierung gefällt. Mehr Hilfe würde in gewinnbringendes Finanzwesen, in das Verteidigungsministerium oder in die Bestechung von Ländern fließen, um Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich abzuschließen. In seinem Vorwort zu den Vorschlägen sagte Johnson, dass zukünftige Hilfe „mehr tun sollte, um den politischen und kommerziellen Interessen Großbritanniens zu dienen“.

Im Gegensatz zu Trump ist Johnson kein Leugner des Klimawandels, aber nichtsdestotrotz äußerte sich der ehemalige britische Sonderbeauftragte für den Klimawandel, David King, alarmiert über eine Johnson-Regierung, weil Johnson das Thema als Außenminister an den Rand gedrängt hat. Er hat sich verpflichtet, die Steuern auf die Spitzenverdiener zu senken.
Und er will das australische Punktesystem für Migranten einführen, um sicherzustellen, dass Großbritannien nur die brillantesten und nützlichsten Migranten für das hier ansässige Großkapital abschöpft.

Wird irgendetwas davon eintreten? Es ist schwer zu sagen, weil Johnson bewusst unmöglich auf etwas festzunageln ist. Nichts, was er sagt, kann man trauen, und sein Lügen scheint pathologisch zu sein. Aber klar ist, dass er, wie Trump, ein Politiker ohne die üblichen Einschränkungen oder roten Linien ist. Er wird alles tun, um die Macht zu behalten. Und da Nigel Farages neue Brexit-Partei damit droht, die Tory-Stimmenzahl zu teilen, bedeutet das, hart nach rechts zu gehen.

Hinzu kommen Johnsons rechte Referenzen und seine Geschichte sowie sein Wunsch, sich mit den „harten Männern“ der neuen Weltordnung zu identifizieren, und es ist alles vorhanden, damit Großbritanniens Weg in die Politik des autoritären Populismus fortgesetzt werden kann.

Darüber hinaus können Johnsons historische Überzeugungen leicht an die Welle des autoritären Populismus angepasst werden, der den Planeten erfasst. Der Aufstieg von Trump, Bolsanaro, Duterte, Modi und ihrer Art geht nicht nur darum, dass das „Zurückgelassene“ von Rassisten und Populisten aufgepeitscht wird. Es ist so, dass dieses Modell des Kapitalismus mit der Erhaltung der liberalen Demokratie unvereinbar geworden ist. Die radikalen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels erfordern ein grundlegend anderes Wirtschaftsmodell. Der immense Unterschied, den die neue Technologie in unserer Gesellschaft bewirken wird (denken Sie an die Massenautomatisierung von Arbeitsplätzen), wird ebenfalls einen großen Einfluss auf unsere Gesellschaft und Wirtschaft haben. Entweder müssen wir uns von den Marktmechanismen und dem Gewinnmotiv lösen und die Belastungen und Vorteile dieser Entwicklungen viel gerechter teilen. Oder wir müssen ganz auf die Idee der Demokratie verzichten und dieses zutiefst ungleiche System aufrechterhalten, indem wir soziale Spaltung und Nationalismus fördern. Als Führer einer immer extremer werdenden politischen Partei, der seine Fähigkeit bewiesen hat, „das Undenkbare zu denken“, könnte Johnson leicht zu einer zunehmend populistischen und autoritären Position schwenken.

Die größte Oppositionspartei, Labour, hat darum gekämpft, den Aufstieg von Johnson zu unterbieten, mit dem Verdacht, dass sie die Führung von Johnson als hilfreich bei der Aufstellung eines Kandidaten sieht, den sie bei einer Wahl schlagen könnte. Aber das hieße, Johnson sehr zu unterschätzen. Nur eine stärkere, geeintere Bewegung kann Johnsons schlimmste Tendenzen einschränken und die Politik vor der Katastrophe bewahren. Zu viele Gruppen - darunter die großen NGOs und Gewerkschaften – scheinen sich damit zufrieden zu geben, „diese Zeit draußen zu verbringen“ und auf glücklichere Zeiten zu warten. Das ist der Weg ins Verderben. Die Zeichen stehen deutlich an der Wand geschrieben. Es ist an der Zeit, sich zu äußern.

Übersetzung aus dem Englischen: SiG-Redaktion
Hinweis von N. Deardon:
https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/jul/07/boris-johnson-government-britannia-unchained

Weitere Artikel über Großbritannien in SiG 130 und SiG 131

Sabine Gondro
No-Deal-Brexit – Soll das United Kingdom zum Versuchslabor für die Desaster-Kapitalisten werden?

Am 28. August 2019 kündigte Premierminister Boris Johnson an, dass er das Parlament für 5 Wochen in die Zwangspause schicken werde und das entsprechende Gesuch bei der Queen einreichen wird. Denn das ist Sache der königlichen Prärogative. Erwartungsgemäß hat die Queen ihre Zustimmung erteilt. Doch der Supreme Court, das oberste Verfassungsgericht des United Kingdom (UK), erklärte in einem bahnbrechenden, einstimmigen Urteil Johnsons Maßnahme als null und nichtig (1).
Die Parlamentarier*innen tagen wieder.

Warum ließ der noch nicht vom Volk gewählte Premier die Volksvertrer*innen nach Hause schicken? Das Gericht erklärte, dass der von Johnsons Verteidigern genannte Grund die Verlesung der Regierungserklärung durch die Königin (Queen's Speech) vorgeschoben sei. Dafür reichen wenige Tage. Vielmehr entstand der berechtigte Eindruck, dass Johnson, ohne dem Parlament Rechenschaft ablegen zu müssen, Fakten für die nach-Brexit-Ära schaffen wollte. Bevor es zwangsweise beurlaubt wurde, erließ das Parlament ein Gesetz, wonach Johnson eine Verlängerung in Brüssel beantragen muss, sollte er am 31. Oktober keinen Deal in den Händen halten. Johnson erklärte aber gleich nach Verabschiedung des Gesetzes in großspuriger Rhetorik, dass er keinesfalls um Verlängerung bitten wird und seine Berater sinnen auf Möglichkeiten, das Gesetz zu umgehen, ohne dass Johnson in den Knast wandert. Dabei wird sogar über die Möglichkeit der Verhängung des Ausnahmezustands spekuliert (The Guardian, 28.9.2019). Derzeit sieht es danach aus, dass der Premierminister keinen Deal vorlegen kann, denn für die zentrale Frage des Umgangs mit der irischen Grenze haben Johnsons Unterhändler noch keine für Irland und den Rest der EU akzeptable Lösung angeboten.

Die Materie ist komplex und die EU muss genau wie das UK ihre Vereinbarungen aus dem Karfreitagsabkommen von 1998 einhalten. Nach 30 Jahren Bürgerkrieg unter Beteiligung der Britischen Armee legten die Provisional IRA und die paramilitärischen Gruppen der Unionisten ihre Waffen nieder und stiegen in den politischen Prozess ein. Der Prozess der Befriedung kam in Gang und ein reibungsloser Grenzverkehr wurde auf der irischen Insel möglich. Ein Blick auf die interaktive Karte gibt eine Vorstellung davon, wie das aktuell konkret aussieht und wie es früher war.

Es hängen Millionen von Menschenleben am Brexit und das geleakte Papier über die Operation Yellowhammer, in dem im Auftrag der Regierung Experten die Szenarien eines ungeregelten EU-Austritts aufzeigen, lässt das Schlimmste befürchten. Eine Regierung, die Schaden vom Volk abzuwenden hat, darf das nicht ignorieren. Nick Deardon von Global Justice Now schrieb bereits in seinem Blog-Beitrag am 28. August 2019, dass sie schon immer befürchtet hatten, dass Johnson sich auf einem dunklen Weg befindet. Und durch die jüngsten Handelsgespräche mit den USA ist bekannt geworden, wie die Regierung Johnson das Land und seine Bevölkerung mit Haut und Haaren an die USA verkaufen will durch ein radikales Programm der Deregulierung und Liberalisierung (vgl. SiG 131). Deardon schreibt, dass genau, um so etwas zu verhindern seine NGO dafür plädiert, in der EU zu bleiben und dort an inneren Reformen mitzuarbeiten. So sieht es auch die junge Labour-Graswurzel-Bewegung von Michael Chessum, Another Europe is Possible.

Die Angst, dass Johnson solche toxischen Deals mit den USA klammheimlich am in die Ferien geschickten Parlament vorbei manövrieren könnte, hat Deardon in seinem Beitrag ausdrücklich genannt. Er warnte vor etwas, das die kanadische Journalistin Naomi Klein in ihrem gleichnamigen Buch als „Schock-Doktrin" bezeichnet. Eine massive politische Krise wird geschaffen (Invasion, Umsturz, Bürgerkrieg), um die Wirtschaft auf zutiefst unpopuläre Weise neu strukturieren zu können. Im Fall des UK wäre das Brexit-Referendum die Invasion in eine bis dahin funktionierende politische Struktur. Die Attacke auf demokratische Strukturen wie das Parlament und jüngst geschehen die unabhängige höchstrichterliche Rechtsprechung, wenn diese die Schranken des Handelns aufzeigt, sind Teil dieser Invasion. Indem Johnson die politischen Strukturen angreift, konzentrieren sich automatisch die Kräfte seiner Gegner auf den Erhalt bzw. die Verteidigung der Strukturen und anderes gerät aus dem Blick. Zum Beispiel, wem diese Strategie nützt.

Philipp Hammond, Ex-Kanzler im Kabinett May und von Johnson geschasstes Fraktionsmitglied, stellte am 28. September in einer Kolumne für die *Times, aufgegriffen und ergänzt durch den* Guardian fest: „Die Radikalen um Johnson wollen keinen Deal. Wie die Marxisten in der Labour-Linken sehen sie den Schock eines zerstörerischen No-Deal-Brexit als Chance, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft umzubauen. Aber ich entdecke keinen Appetit bei unserer Wählerschaft für ein solches Projekt." Es stellt sich also unweigerlich die Frage, warum Johnson, der wie der Rest seiner politisch aktiven Geschwister ein Remainer war, sich so schnell um 180 Grad wenden konnte und derzeit mit aggressiver, kriegsähnlicher Rhetorik die Parlamentarier überzieht und sie grobfahrlässig zum Volksgegner erklärt; dabei billigend in Kauf nimmt, dass sie zum Freiwild für Extremisten werden. (Guardian, 28.9.2019)

Hammond hat dafür eine Erklärung: „Boris Johnson behauptet, zunehmend kühner, dass wir die EU mit oder ohne Deal verlassen werden. Aber wie uns seine Schwester erinnert, wird er von Spekulanten unterstützt, die Millionen auf einen harten Brexit gewettet haben – und so gibt es für ihn nur ein Ergebnis, das ihm nutzt: Ein no-Deal-Brexit, der die Währung ins Bodenlose fallen und die Inflation sprunghaft ansteigen lässt." Das Büro von Johnson hat sich geweigert Hammonds Beitrag zu kommentieren, Labour-Schattenkanzler John McDonnell hat jedoch eine Untersuchung durch den Minister für das Cabinet Office, Mark Sedwill, verlangt.

Hammond und sein Team haben bewusst wohl keine Namen genannt, aber Hedge Fond Manager haben laut *Guardian* Johnsons parteiinternen Wahlkampf unterstützt. Einer von ihnen, Crispin Odey, hat auch die Vote-Leave-Bewegung sowie Ukip unterstützt. Während des Sommers wurde bekannt, dass Odeys Fond 300-Millionen-Pfund-Wetten gegen britische Unternehmen initierte. Der Fond würde profitieren, wenn es zu einem wirtschaftlichen Einbruch im UK käme (Guardian, 28.9.2019).

Um zu verhindern, dass das United Kingdom ins Chaos abdriftet, muss das Parlament mit der neuen Stärke, die ihm der Supreme Court verliehen hat, rasch han-

deln. Die Abstimmungen der letzten Zeit zeigten, dass die überparteilichen Initiativen ein Weg aus der Schockstarre sein können.

(1) Das Urteil, das jetzt vom Supreme Court in London ergangen ist, und die Unrechtmäßigkeit von Johnsons Handeln gegenüber dem Parlament bestätigte, ist von historischer Bedeutung und es ist ebenfalls wichtig, dass die 11 Supreme-Court-Richter*innen hier in ihren Begründungen einem zuvor im obersten Gericht Schottlands ergangenen Urteil gefolgt sind. Ein Urteil, das die Rechte des Parlaments gegenüber der Exekutive, in Gestalt von Regierung und königlicher Prärogative, unmissverständlich stärkt. In Zeiten, in denen die Rechte des Parlaments auch in Demokratien beschnitten werden, hat es Leuchtfeuer-Charakter über die britischen Inseln hinaus.

Die Autorin dieses Beitrags hat einen M.A. in Anglistik und in ihrer Magisterarbeit die staatsphilosophischen Schriften der englischen Humanisten der Tudor-Zeit analysiert, in denen diese ihre reformerischen Ideen zur Beschränkung der absoluten Macht der Krone unter Stärkung des Parlamentarismus darstellten. Radikale Gedanken entwickelten die frühen Puritaner im Marianischen Exil, die radikale Ideologien in den Vordergrund stellten und nicht mehr das „common weal“.

Wandgemälde auf der „Peace Wall“ auf der 143, Northumberland Street zwischen East (Unionisten) und West Belfast (Republikaner). Es wurde von Jugendlichen aus beiden durch Mauern und Zäune getrennten Stadtvierteln im Zuge eines Friedensprojekts erstellt, gefördert mit EU-Geldern. Foto: Sabine Gondro, 2019

Global foreign Policy
Britannien spalten

BERLIN/LONDON/EDINBURGH (Eigener Bericht) - Die Berliner Außenpolitik verstärkt ihre Unterstützung für die schottischen Nationalisten, die ein zweites Referendum zur Abspaltung aus dem Vereinigten Königreich vorbereiten. In der vergangenen Woche ist Nicola Sturgeon, First Minister der schottischen Regionalregierung sowie Vorsitzende der Scottish National Party (SNP), zu vertraulichen Gesprächen mit Vertretern des außenpolitischen Establishments in der deutschen Hauptstadt empfangen worden. Sturgeon traf nicht zuletzt den Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth (SPD). Offizieller Gegenstand der Zusammenkünfte war der britische EU-Austritt, den Sturgeon und die schottischen Nationalisten erbittert bekämpfen. Tatsächlich hat Sturgeon darüber hinaus um Unterstützung für ihr Vorhaben geworben, Schottland abzuspalten sowie es als eigenen Staat in die EU zu führen. Diesen Plan hatten Berliner Regierungspolitiker schon vor gut drei Jahren offen befürwortet. Allerdings ist die dafür notwendige zuverlässige Mehrheit in der schottischen Bevölkerung bislang nicht in Sicht.

Ein zweites Abspaltungsreferendum

Die schottische Regionalregierung unter First Minister Nicola Sturgeon treibt ihre Kampagne für ein zweites Abspaltungsreferendum unvermindert voran. Vor dem Referendum vom 18. September 2014 hatten die schottischen Nationalisten, darunter Sturgeon, mehrmals erklärt, die Abstimmung, die die Bevölkerung an den Wahlurnen treffe, solle für eine Generation gelten. Als sich allerdings mit 55,3 Prozent eine deutliche Mehrheit für den Verbleib im Vereinigten Königreich aussprach, stellte Sturgeon unmittelbar klar, sie werde sich mit dem Ergebnis keineswegs zufriedengeben und perspektivisch eine erneute Abstimmung anstreben. Den äußeren Anlass dazu bot das Brexit-Referendum vom 23. Juni 2016, bei dem mit 51,9 Prozent die Mehrheit im Vereinigten Königreich für den Austritt aus der EU votierte, während in Schottland 62,0 Prozent und damit eine deutliche Mehrheit den Verbleib in der EU befürworteten. Sturgeon, deren Regionalregierung bislang ihre Wahlversprechen im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen allenfalls ansatzweise einlöst [1], nahm die deutliche Diskrepanz zum Anlass, um nicht nur zum wiederholten Mal für ein zweites Referendum einzutreten, sondern Schottlands Abspaltungsperspektive direkt mit einem Verbleib in der EU zu verbinden.

Anfeuernder Beifall

Dies hat Politikern der Berliner Regierungsparteien und sogar deutschen Ministern den Anlass gegeben, die Abspaltungsbemühungen der schottischen Nationalisten offen zu befeuern und damit die Zerschlagung eines offiziell verbündeten Landes zu fördern. Schon am 26. Juni 2016 erklärte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für EU-Angele-

genheiten, Gunther Krichbaum (CDU), er rechne mit dem "Erfolg" eines neuen schottischen Sezessionsreferendums; Schottland werde in der EU verbleiben. Anfang Juli 2016 erklärte der damalige Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD), wenn Schottland aus dem Vereinigten Königreich austrete, werde die EU es "ganz gewiss ... aufnehmen".[2] Am 9. August 2016 wurde First Minister Sturgeon vom Staatsminister im Berliner Auswärtigen Amt Michael Roth zum Gespräch empfangen. Im September 2016 nahm dann der Fraktionsvorsitzende der Scottish National Party (SNP) im House of Commons, Angus Robertson, an einer Klausurtagung der bayerischen SPD-Landtagsfraktion in Bad Aibling teil.[3]

Keine Mehrheit in Sicht

Weder die unverminderte Kampagne der schottischen Nationalisten noch die Unterstützung durch Berlin haben es bislang vermocht, die Stimmung in der schottischen Bevölkerung ernsthaft zu verändern. Umfragen haben bislang kaum je eine Mehrheit für eine Abspaltung ergeben. Für ein zweites Referendum innerhalb von zwei bis drei Jahren hat sich seit Mitte 2017 meist weniger als ein Viertel der Bevölkerung ausgesprochen. Einen kurzzeitigen Umschwung hatte Anfang August der überaus stark polarisierende Amtsantritt von Premierminister Boris Johnson gebracht, der in Schottland wenig Zustimmung findet, weshalb den Tories dort herbe Wahlverluste vorausgesagt werden. In einer ersten Reaktion ergab eine Umfrage Ende Juli, dass sich nun plötzlich 46 Prozent für die Abspaltung vom Vereinigten Königreich aussprachen, nur 43 Prozent hingegen für einen Verbleib.[4] Allerdings ist bereits vergangene Woche eine erneute Umfrage zum gegenteiligen Ergebnis gekommen. Demnach befürworteten 59 Prozent den Verbleib im Vereinigten Königreich; lediglich 27 Prozent unterstützten die Forderung von First Minister Sturgeon nach einem zweiten Sezessionseferendum bereits in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres.[5]

Medienpreis für Sturgeon

Dabei erhalten die schottischen Nationalisten inzwischen erneut ganz offen Unterstützung aus der Bundesrepublik. So hat First Minister Sturgeon in der vergangenen Woche Deutschland zu einer Reihe politischer Gespräche besucht. Am Dienstag, dem 17. September, nahm sie in Potsdam den M100 Media Award entgegen, den ein Gremium von Journalisten aus den deutschen Leitmedien jährlich vergibt. Zu den bisherigen Preisträgern gehören der frühere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (2009), EZB-Präsident Mario Draghi (2012) sowie der ukrainische Politiker Vitali Klitschko, der die Auszeichnung unmittelbar nach dem Umsturz des Jahres 2014 in der Ukraine entgegennahm, den er in enger Zusammenarbeit mit deutschen Stellen herbeizuführen geholfen hatte.[6] Offiziell bekam Sturgeon den Preis, da sie sich im Vereinigten Königreich "als Politikerin mit eindeutig pro-europäischer Haltung" ausgezeichnet habe.[7] Die Laudatio hielt der Ministerpräsident des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet (CDU); die politische Hauptrede war Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) übertragen worden. Sturgeon machte sich die Chance zunutze, um in ihrer Dankesrede vor prominentem Publikum unmittelbar für ein erneutes schottisches Abspaltungsreferendum zu werben: Schottland werde, bestätigte sie, als ein "unabhängiges Land" nach der EU-Mitgliedschaft streben.[8]

In vertraulicher Runde

Am Mittwoch, dem 18. September, hat Sturgeon dann auch bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), einem der einflussreichsten außenpolitischen Think-Tanks in Berlin, für die Abspaltung Schottlands vom Vereinigten Königreich und seine anschließende Aufnahme in die EU geworben. Sie sage voraus, "dass Schottland in den nächsten Jahren unabhängig ... und zu einem unabhängigen Mitglied der EU" werde, erklärte sie wörtlich in einer eigens anberaumten Pressekonferenz.[9] Vor dem Auftritt, der von wohlwollender Berichterstattung in Leitmedien der Bundesrepublik begleitet war ("Nicola Sturgeon - das nette Gesicht des Nationalismus" [10]), hatte sie sich laut Auskunft der DGAP "in vertraulicher Runde mit Vertreterinnen und Vertretern aus der europapolitischen Fachcommunity ausgetauscht". Zudem traf sie, gleichfalls vertraulich, mit dem Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth zusammen. Roth lobte danach via Twitter das "positive Verhältnis zwischen Deutschland und schottischen Amtskollegen".

Ins Aus geführt

Mit seiner Unterstützung für die schottischen Nationalisten pokert Berlin hoch. Machtpolitisch schiene es für die Bundesrepublik vorteilhaft zu sein, sollte es gelingen, die Abspaltung Schottlands und seine Aufnahme in die EU durchzusetzen: Großbritannien wäre erheblich geschwächt; Deutschland und die EU dagegen wären durch den EU-Beitritt eines neuen, von Berlin abhängigen Mitgliedstaates ein wenig gestärkt. Allerdings ist nicht nur unklar, ob Schottlands Abspaltung durchgesetzt werden kann. Auch wenn sie gelänge, wäre die Aufnahme des Landes in die Union überaus ungewiss: Mehrere EU-Staaten, darunter Spanien, lehnen jede Einbindung von Separatisten ab, weil sie selbst von Sezessionsbestrebungen bedroht sind. Ein isolierter Verbleib eines abgespaltenen Schottlands außerhalb der Union wäre nach gegenwärtigem Stand durchaus wahrscheinlich. Berlin hätte seine schottischen Parteigänger dann in eine missliche, von ihnen nicht gewünschte Lage geführt.

Nicht der erste Pyrrhussieg

Hinzu kommt, dass London die deutsche Unterstützung für die schottischen Nationalisten kaum umstandslos hinnehmen wird. Aktuelle Planungen der Bundesregierung sehen vor, mit dem Vereinigten Königreich auch nach seinem Austritt aus der EU eng zusammenzuarbeiten, um in einem europäischen Block mit den USA rivalisieren zu können (german-foreign-policy.com berichtete [11]). Dies gilt aus politischen, besonders aber auch aus militärischen Gründen in der deutschen Hauptstadt als wünschenswert. Dass sich dieses Vorhaben realisieren lässt, sollte Berlin zum Zerfall Großbritanniens beitragen, darf nun allerdings bezweifelt werden. Eine Abspaltung Schottlands vom Vereinigten Königreich unter tatkräftiger Hilfe Berlins wäre nicht der erste deutsche Pyrrhussieg.

[1] Kevin McKenna: Nicola Sturgeon's strike for independence should not let the SNP off the hook. theguardian.com 28.04.2019.
[2] S. dazu Das Druckmittel Sezession.
[3] S. dazu Das Druckmittel Sezession (II).
[4] Simon Johnson: Nicola Sturgeon hails "phenomenal" new poll showing majority for Scottish independence. telegraph.co.uk 05.08.2019.
[5] Simon Johnson: Independence referendum fifth anniversary poll shows six out of 10 Scots want to remain in UK. telegraph.co.uk 17.09.2019.
[6] S. dazu Unser Mann in Kiew.
[7] Nicola Sturgeon erhält M100 Media Award. m100potsdam.org 02.09.2019.
[8] Acceptance Speech of Nicola Sturgeon. m100potsdam.org.
[9] Schottland sieht seine Zukunft in der EU. dgap.org 18.09.2019.
[10] Albrecht Meier: Nicola Sturgeon - das nette Gesicht des Nationalismus. tagesspiegel.de 18.09.2019.
[11] S. dazu Ein gefährliches Spiel.

https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8054/

Tommy McKearney

Grüne Auferstehung in der Republik Irland und die Notwendigkeit, die Linke zu vereinen

Linke Einheit muss durch gemeinsame Aktivitäten an der Basis aufgebaut werden

Der sozialistische Republikaner und Organisator der nordirischen Arbeitergewerkschaft Independent Worker's Union Tommy McKearney in seinem Blog über die Notwendigkeit einer linken Graswurzel Bewegung für Irland
(http://www.tommymckearney.com/blog-/green-resurrection-and-need.html)

29. Mai 2019 - Es ist bedauerlich, dass Sinn Fein bei den jüngsten Wahlen in der Republik Irland so viel an Boden an die marktfreundlichen Grünen verloren hat. Während Sinn Fein bestenfalls als eine etwas links von der Mitte-Organisation bezeichnet werden kann, deutet das Ergebnis des letzten Wahlgangs auf eine besorgniserregende Verschiebung hin zur Mitte-Rechts-Achse hin.

Es gibt mehrere Gründe für den Rückschlag von Sinn Fein, der auf eine ebenso enttäuschende Entwicklung bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr zurückzuführen ist. Die Partei hat in den letzten Jahren darum gekämpft, eine klare Botschaft zu vermitteln. Dabei haben unter anderem nicht geholfen: eine Kehrtwende bei der seit langem bestehenden Opposition gegen die Europäische Union, eine Abschwächung der Haltung gegenüber der Koalition mit Rechtsparteien und für viele Republikaner konfus; die Begrüßung britischer Königshausmitglieder in Irland. Für eine Partei, die lange Zeit unzweideutig zu ihrer Position gestanden hatte, hat dieser neue Aufbruch bei vielen von denen, von denen sie zuvor auf Unterstützung angewiesen war, keinen Anklang gefunden.

Es ist ungewiss, ob Sinn Fein diese Entwicklung vor der nächsten Parlamentswahl umkehren kann. Zum dritten Mal umzuschwenken wäre nicht nur für die Partei schädlich und würde Fragen nach ihrer Führung aufwerfen, sondern hätte auch Breitenwirkung. Die Achse Fine Gael / Fianna Fail würde stärker werden und ihre neoliberale Politik weiter eingebettet werden. Angesichts der Bedrohung durch eine permanente rechtsgerichtete Regierungsführung müssten die Arbeiterklasse und ihre sie Vertretenden ihre Optionen überdenken. Verständlicherweise wird es Forderungen nach Einheit der Arbeiterklasse und der Linken geben, und nur wenige können dagegen argumentieren.

Es ist jedoch sicherlich an der Zeit, dieser insgesamt vernünftigen Forderung eine tiefere Betrachtung zu widmen. Allzu oft wird die linke Einheit nur im Zusammenhang mit dem Gewinn des Wahlamtes betrachtet, anstatt als Aufbau einer sozialen Veränderungsbewegung. Folglich wird für einige die Gewinnung von Sitzen um jeden Preis zum Hauptziel, was spaltende Wettbewerbe und den anschließenden Fraktionalismus fast unvermeidlich macht. Darüber hinaus stellt sich die eigentliche Frage, wie die Macht im Unterschied zum Amt auszuüben ist, wenn sie in einem Land gewählt wird, das von privatem Vermögen kontrolliert wird.

Eine praktikable Alternative zu dieser besonderen Wahlkampf-Sackgasse besteht darin, sich auf den Aufbau einer effektiven Basisbewegung zu konzentrieren, die in der Lage ist, die undemokratische Verteilung des Wohlstands in der Gesellschaft in Frage zu stellen. Menschen zu ermutigen und es ihnen zu erleichtern, Arbeitnehmende bei Arbeitskampfmaßnahmen aktiv zu unterstützen, wäre ein Anfang; und aktive Unterstützung bedeutet nicht nur, sich für eine Fotomöglichkeit auf die Straße zu setzen. Auch die Organisation eines effektiven Boykotts von Grundstücken, die von Geierfonds gekauft wurden, wäre hilfreich. Die Bekämpfung der Privatisierung von Dienstleistungen und Infrastrukturen muss im Vordergrund stehen. Die Herausforderung, die der die Umwelt durch Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen schädigende private Sektor darstellt, muss ebenfalls in jedes Programm aufgenommen werden. Das ist jedoch nicht die Grenze dessen, was getan werden kann, und wir alle müssen darüber sprechen, wie wir dies beeinflussen können.
Dies würde die arbeitenden Menschen effektiv stärken und den Gewinn einer Parlamentswahl zu einem letzten Schritt in Richtung Transformation der Gesellschaft machen und nicht zu einem Anfang, der anfällig für Angriffe des Kapitals und all seiner reaktionären Verbündeten sein würde.

Übersetzung aus dem Englischen: SiG-Redaktion

Die Famine-Sculpture von Rowan Gillespie in Dublin erinnert an die große Hungersnot im Irland des 19. Jahrhunderts und die Auswanderungswelle. Ob Zufall oder nicht: Die Skulpturen stehen direkt vor den Toren des Finanzdistrikts am Customs House Quay.
Foto: Sabine Gondro

+++++ Kurz notiert +++++

Griechenland - Aus der Austerität in die Austerität

Mit Erleichterung haben Politik und Medien in Deutschland die erste Regierungserklärung des neuen griechischen Premierministers Kyriákos Mitsotákis zur Kenntnis genommen. Mitsotákis hatte im Wahlkampf eine Abkehr von der strikten, von Berlin und der EU oktroyierten Austeritätspolitik in Aussicht gestellt und erklärt, der "schmerzhafte Kreislauf" stetiger Kürzungen werde "beendet"; Griechenland stehe eine Zukunft voller "Jobs, Sicherheit und Wachstum" bevor. Nach scharfer Kritik aus der Bundesrepublik hat der neue Premierminister jetzt gelobt, die Austeritätspolitik im Wesentlichen fortzusetzen; diese sieht unter anderem bis zum Jahr 2022 einen Primärüberschuss von 3,5 Prozent vor - ein Ziel, das sogar der Internationale Währungsfonds für nicht umsetzbar hält. Mitsotákis, der aus einer der einflussreichsten Politdynastien Griechenlands stammt, hat sein Regierungsprogramm nun auf Ziele fokussiert, die in Berlin auf Wohlwollen stoßen: Günstige Bedingungen für Investoren, eine Ausrichtung des Bildungssystems an Wirtschaftsinteressen, brutale Flüchtlingsabwehr. Die Armut im Land hingegen ist unverändert groß.

Weiterlesen: https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8007/

***„Wir verkaufen alles** (…)*
Die Investoren stehen schon Schlange, ich will nicht sagen, Hunderte am Tag, aber Dutzende.“
Griechenlands Wirtschaftsminister Adonis Georgiadis in der Süddeutschen Zeitung (28.9.2019)
über das Privatisierungsprogramm seiner Regierung.

BIP Aktuell #85: Wahl in Israel und die Folgen

Ein Regierungswechsel wird keinen Politikwechsel bringen

Im Wahlkampf ging es primär darum, ob am Sabbat Busse fahren dürfen, ob man die Bescheinigung eines Rabbiners braucht, um zur Heirat nicht nach Zypern fliegen zu müssen, wieder einmal, ob die Streng-Orthodoxen zum Militär gehen müssen usw.
Wer geglaubt hatte, das Thema Zukunft des Westjordanlands und Gespräche mit der Palästinensischen Autonomiebehörde würden eine Rolle spielen, wurde enttäuscht. Zwar hatte Netanjahu die Annexion von Teilen des Jordangrabens gefordert (s. BIP aktuell #84), aber sein Herausforderer Benny Gantz war ganz der gleichen Auffassung und hatte Netanjahu sogar vorgeworfen, seinen Vorschlag „geklaut“ zu haben. (SZ 19.9.2019, S. 2) – also war das Thema zwischen den beiden Hauptkonkurrenten unstrittig und musste nicht groß diskutiert werden. Auch im Wahlprogramm von Benny Gantz sucht man das Thema vergeblich. (S. dazu hier in haAretz.)
Überhaupt muss man sich von dem in Teilen unserer Medien vermittelten Eindruck verabschieden, in wichtigen Themen gäbe es zwischen Netanjahu und Gantz große Unterschiede. Gantz kritisiert zwar das Nationalstaatsgesetz, fordert „Respekt für die arabischen Israelis“, ist aber wie Netanjahu („Es wird und kann keine Regierung geben, die sich auf arabische, antizionistische Parteien stützt„) gegen eine Beteiligung der Vereinigten Arabischen Liste an der Regierung und will Teile des Westjordanlandes und das Jordantal unter israelischer Kontrolle halten. Im Übrigen ist nicht bekannt, dass Gantz Probleme damit hat, dass der Ort Kfar Achim („Dorf der Brüder“), aus dem er stammt, 1949 auf den Ruinen des palästinensischen Dorfes Kastina errichtet wurde.
Angesichts so großer Übereinstimmung ist es nicht überraschend, dass Netanjahu Gantz aufforderte, mit ihm eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden: „Benny, es ist an uns, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Die Nation erwartet heute von uns beiden, Verantwortung zu übernehmen und zusammenzuarbeiten. (…) Ich appelliere an dich, einem Treffen zuzustimme, noch heute, ganz egal zu welcher Stunde.“
Natürlich ist eine Einheitsregierung unter seiner Führung für Netanjahu eine Frage des politischen Überlebens, da er unter dem Verdacht des Betrugs, der Korruption und der Vorteilsgewährung steht und ein Immunitätsgesetz plant, das ihn vor einer Anklage schützt.
Dass Netanjahu Koalitionsverhandlungen mehr oder weniger offen mit der juristischen Frage eines ihm drohenden Prozesses verbindet, wirft ein Licht auf die politische Kultur in Israel. „Nicht erst in diesem Wahlkampf, sondern schon seit Jahren polarisiert Netanjahu mit seinem steroidgeschwängerten Weltbild und seiner Ignoranz für Recht und Ausgleich Israels Gesellschaft. Immer mehr entwickelte er sich zu einem autoritären Machthaber, der die demokratische DNA Israels deformierte und den säkularen Staat in einen religiösen Machtapparat verwandelte.“ kommentiert die Süddeutsche Zeitung.
Kern dieser politischen Kultur ist, dass für Gerechtigkeit für Israelis und Palästinenser kein Platz ist. Nicht zuletzt wird das daran deutlich, dass ausgerechnet Liebermann mit seiner Partei „Unser Haus Israel“ für die Regierungsbildung das Zünglein an der Waage ist. Liebermann, der 2015 gefordert hatte, Israelis arabischer Herkunft, die sich dem Staat gegenüber illoyal verhielten, sollten geköpft werden, mehrheitlich arabische Städte in Israel sollten gegen jüdische Siedlungen im Westjordanland eingetauscht werden, und palästinensische Israelis, die die Gründung des Staates Israel und die anschließende Vertreibung der arabischen Bevölkerung in den Grenzen des neuen Staates als „Nakba“ (Katastrophe) bezeichnen, sollten ins Westjordanland deportiert werden.

https://bip-jetzt.de/

Peter Wahl (Hg.):
Gilets Jaunes
Anatomie einer ungewöhnlichen sozialen Bewegung

Die französischen Gelbwesten sind anders als die herkömmlichen sozialen Bewegungen. Sie kamen überraschend für alle anderen politischen Kräfte, einschließlich der französischen Linken. Auch ihre Aktionsformen und internen Strukturen unterscheiden sich in vielerlei von klassischen Protestbewegungen. Insgesamt sind sie Ausdruck der sozialen und politischen Krise des neoliberalen Kapitalismus.
Dementsprechend wird die Bewegung auch massiv bekämpft, u.a. durch polizeiliche Repression und durch Diffamierung seitens staatstragender Politiker und Medien. Doch die Mehrheit der Bevölkerung sympathisiert trotz alldem mit ihren Zielen.
Der Band vereinigt Beiträge deutscher und französischer Autorinnen und Autoren. Analysiert werden die soziale Zusammensetzung der Bewegung, ihr politisches Selbstverständnis, ihre Programmatik und ihre Aktionsformen.
Die Reaktionen der Regierung und der anderen Akteure werden ebenso beleuchtet wie der Vorwurf, von rechts unterwandert oder gar antisemitisch zu sein. Schließlich werden die strategischen Probleme der Bewegung und ihre Chancen thematisiert.
Papyrossa-Verlag Köln

***Hinweis: Mehrere Berichte und Dokumente der Gelbwesten in den SiG-Heften* SiG 130 , SiG 131 *und* SiG 132**

Aufbau einer Gegenmacht
Keine halben Sachen - Machtaufbau durch Organizing.

Ein Plädoyer für den Aufbau von Gegenmacht in den Betrieben und die Demokratisierung von Gewerkschaften. (2019)
Der globale Rechtsruck und die anhaltende Offensive der Kapitalseite zwingen Gewerkschaften, soziale Bewegungen und linke Parteien zu einer Suche nach alternativen Strategien, um ihre Macht neu aufzubauen. Jane McAlevey zeigt in diesem Buch einen möglichen Weg in diese Richtung. Sie ist überzeugt, dass dem linken Lager gelingen kann, damit die reaktionären Entwicklungen in den westlichen Staaten zurückzudrängen. Den Schlüssel dazu sieht sie in einer Rückbesinnung auf die von den US-Gewerkschaften in den 1930er Jahren entwickelten Organisierungsstrategien eines Deep Organizing, das die Handlungsmacht in die Hände der »normalen Menschen« zurückgibt und es ihnen ermöglicht, selbst unter schwierigen Bedingungen Erfolge zu erstreiten. Ein solches «Organizing-Modell ‹von unten›» gilt ihr als zentrales Instrument, um eine «Veränderung der Machtstruktur von dem einen Prozent hin zu den 99%» durchzusetzen. Bei Anwendung dieses Modells entwickeln die Beschäftigten im Kampf eine neue Sicht auf sich selbst und ein neues Verständnis ihrer Gesellschaft. Deep Organizing baut Solidarität auf, die auch nach dem Ende von Arbeitskämpfen fortbesteht, und beeinflusst damit auch das Verhalten in der Wahlkabine. (Einleitung von Florian Wilde)
PDF-Datei: Rosalux.de

ISW-München / transform! / RLS-Stiftung
Der Aufstieg Chinas und die Krise des neoliberalen Kapitalismus
Konferenz am 11.-12.10.2019

Mit Vorträgen und anschließender Podiumsdiskussion mit folgenden Gästen: Ding Xiaoqin, Hu Leming, Yang Hutao, Ingar Solty, Werner Rügemer, Walter Baier (transform! Europe), Wolfgang Müller

Einladung und Programm hier als PDF herunterladen.

Recklinghausen.
Tagung "Einfach.Umsteuern" – Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation
Freitag, den 11. Oktober bis Sonntag, den 13. Oktober

Von der bundesweiten Attac-AG "Finanzmärkte und Steuern" organisiert

Programm /Anmeldung:
https://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=1492